

P . . . .

## Zwischen Amerika und Rußland - aus indischer Sicht

Mit Genehmigung des Verlages entnehmen wir der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ (Januar 1954) den folgenden Artikel des anonymen Verfassers P . . . .:

Während der Zeit des indischen Unabhängigkeitskampfes wurde Amerika von nationalistischer Seite als Freund betrachtet und die Sympathie für die indische Sache war in den Vereinigten Staaten weit verbreitet. In der Zeit unmittelbar nach der Herstellung der Unabhängigkeit Indiens im Jahre 1947 blieben diese Beziehungen weiterhin freundschaftlich und nach und nach schauten die führenden Persönlichkeiten Indiens nach Amerika, um Hilfe und Rat für die vor ihnen liegenden schwierigen Probleme zu finden. Aber heute wird niemand leugnen, daß sich die beiden Länder auseinandergeliebt haben, daß große und einflußreiche Gruppen in den Vereinigten Staaten die indischen Beweggründe verdächtigen und Indien als pro-kommunistisch bezeichnen. Gleichermassen neigen die meisten Inder zu der Annahme, daß die Vereinigten Staaten Indien bei jeder Gelegenheit vorsätzlich entgegentreten und eine anti-asiatische Politik betreiben mit dem Ziel, die neuen Länder in Asien in den Zustand politischer Abhängigkeit zurückzusetzen.

Wenn die großen europäischen Nationen die amerikanische Führung bereitwillig annehmen und der Politik der Vereinigten Staaten folgen, so ist es für die USA natürlich schwierig zu begreifen, warum Indien, Burma und Indonesien, die ihre Unabhängigkeit vor so kurzer Zeit erst erhielten, und die vom militärischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen schwach sind, nicht nur zögern, den Vereinigten Staaten zu folgen, sondern ihnen in wichtigen Fragen sogar direkt entgegentreten. Es ist für Amerika um so schwieriger, diese Haltung zu verstehen, als es in so großzügiger Weise eifrig bestrebt ist, diesen Ländern finanziellen und technischen Beistand angedeihen zu lassen, um sie in den Stand zu setzen, ihre wirtschaftliche Schwäche zu überwinden und — wenn notwendig — sogar ihre militärischen Kräfte zu verstärken. Niemand in diesen Ländern hat Amerika des Imperialismus oder selbstsüchtiger Motive bezichtigt. Warum also, so fragen die Amerikaner, bringt man uns soviel Mißtrauen entgegen und warum stößt unsere Politik, die doch das Wohl der gesamten freien Welt anstrebt, auf Widerstand, wenn alles, was wir wünschen, allein auf die Verbesserung der materiellen Bedingungen dieser Gebiete hinzielt, und wir ihre Freundschaft und ihren Beistand suchen, um die gemeinsame Bedrohung durch den Kommunismus abzuwenden?

Für diese Entwicklung wird Indien in erster Linie verantwortlich gemacht, denn es ist zweifellos richtig, daß es die führenden indischen Persönlichkeiten sind, die der süd-asiatischen Denkungsweise Ausdruck verliehen haben, und es ist Indien, wo man diese Ansichten am weitesten verbreitet findet. Aber in Burma und Indonesien und in geringerem Maße vielleicht auch in Ceylon und Pakistan ist es nicht viel anders. Aus diesem Grunde muß man der Tatsache Rechnung tragen, daß

zwischen der südasiatischen Auffassung und der der Vereinigten Staaten eine zunehmende Gegensätzlichkeit in Bezug auf die Angelegenheiten der Weltpolitik zu verzeichnen ist. Wenn diese Tendenz sich nicht ausbreiten und sich zum Schaden beider Parteien auswirken soll, ist es von allergrößter Bedeutung, daß man das Problem offen analysiert und daß von beiden Seiten der Versuch gemacht wird, den Standpunkt des anderen zu verstehen.

Vorweg möge jedoch schon ein Punkt hervorgehoben werden. Obwohl die Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Indien zweifellos wichtig sind und in der Öffentlichkeit vielfach diskutiert wurden, besteht vielleicht eine größere Gemeinsamkeit im politischen Denken und im geistigen Empfinden zwischen ihnen als überhaupt zwischen zwei Ländern

### INHALT DIESER BEILAGE:

P . . . .:

**Zwischen Amerika und Rußland — aus indischer Sicht**

Jawaharlal Nehru:

**Internationale und innenpolitische Probleme (S. 129)**

Mohammed Ali:

**Bündnis mit der Türkei (S. 135)**

außerhalb des britischen Commonwealth. Beide sind fest von den demokratischen Einrichtungen und Methoden, den staatsbürgerlichen Freiheiten, der Freiheit des Denkens, der Meinungsäußerung und jeder legitimen Tätigkeit des Menschen überzeugt. Beide glauben an die Prinzipien der moralischen Überzeugungsfähigkeit und regieren sich auf dieser Basis. Beide bemühen sich um die Verbesserung der materiellen Grundlage ihrer Völker, ohne dabei die Rechte und Freiheiten des Menschen einzuzengen. Und was noch wichtiger ist: beide lassen sich in ihren politischen Handlungen von einer tiefen geistigen Empfindung leiten. Dies wird allgemein verstanden. Tatsächlich hat das State Department kürzlich eine Broschüre herausgegeben, die allgemein von dieser Auffassung Zeugnis ablegt. In Indien gibt es ebenfalls niemanden, der die moralische Größe, die wirtschaftlichen Leistungen und das erstaunliche Bestreben, der Welt zu dienen — wie es Amerika symbolisiert — leugnet. Und doch bestehen diese Differenzen und scheinen größer zu werden. Es kommt uns daher zu, das Problem unparteiisch zu untersuchen.

## Politische Kontroversen

Es gibt drei politische Aspekte, welche von den Vereinigten Staaten und Indien nicht in demselben Licht angesehen werden. Sie sind 1) die Haltung gegenüber der Bedrohung durch den expansiven Kommunismus; 2) die Kolonialpolitik der europäischen Nationen; und 3) China. Alle drei sind grundsätzliche Faktoren des gegenwärtigen komplexen internationalen Problems und während eine Meinungsverschiedenheit über einen dieser Punkte ausreicht, um Mißverständnisse zu schaffen, wächst sich eine unterschiedliche Auffassung von allen drei Fragen zu einem größeren Meinungskonflikt aus.

Wenn man zunächst die Frage des Kommunismus betrachtet, die zweifellos die wichtigste ist, so ist es wahrscheinlich überflüssig zu sagen, daß es keinen Meinungsunterschied der Vereinigten Staaten und Indiens in Bezug auf dieses internationale Problem gibt. Die indische Regierung hat den Kommunismus in Indien mit aller Macht bekämpft und keinerlei Schwäche gegenüber seinen vielfältigen Auswüchsen gezeigt. Der ansehnliche Erfolg Indiens in diesem Kampf ist auch weit und breit anerkannt worden. Warum denn diese unterschiedliche Auffassung von der äußeren Bedrohung durch den Kommunismus? Erstens einmal ist es für Indien nicht gewiß, ob eine solche äußere Bedrohung überhaupt existiert. Sowohl China wie die Sowjetunion sind Indiens Nachbarn, und doch hat Indien — trotz beträchtlicher Anstrengungen Amerikas, es davon zu überzeugen — keine Bedrohung seiner Existenz durch das Vorhandensein dieser beiden riesengroßen kommunistischen Staaten an seinen Grenzen gesehen. Mag sein, daß wir dumm sind oder vollkommen blind, aber wo wir keine Bedrohung sehen, können wir nicht so tun, als ob sie doch vorhanden wäre, bloß weil zweifellos klügere Leute sie uns einreden.

Des weiteren kann Indien nicht vergessen, daß vor noch nicht allzu langer Zeit Amerika und England sich beide als Freunde der Sowjetunion bezeichneten. Es ist nicht so, daß die Sowjetunion im Jahre 1942 anders war. Man weiß heute über die kommunistische Politik oder die kommunistischen Ambitionen nichts, was nicht schon 1942 bekannt war! Trotzdem haben sich Amerika und England nicht nur mit der Sowjetunion alliiert, die Briten gingen sogar so weit — wenigstens in Indien —, daß sie die Kommunisten gegen die Nationalisten unterstützten. Damals, wie auch jetzt, trat der Indische Nationalkongreß unter der Führung Mahatma Gandhis und Jawaharlal Nehrus den Kommunisten entgegen; es war die britische Regierung, die diesen dazu verhalf, die Kontrolle über die Gewerkschaften zu gewinnen und sie als Vertreter des eigentlichen indischen Standpunktes behandelte. Welche Stärke die kommunistische Partei in Indien auch immer gewann — sie war das Resultat dieser unseligen Allianz.

Gewöhnlich wird zur Rechtfertigung dieser Politik vorgebracht, daß der Faschismus damals eine größere Gefahr darstellte, und es deshalb zweckmäßig erschien, alle Anti-Faschisten, ganz gleich welcher politischen oder moralischen Einstellung, zur Bekämpfung dieser Gefahr zu vereinen. Wenn der Zusammenschluß mit den Kommunisten in den Jahren 1942 bis 1946 aus Zweckmäßigkeitsgründen durchgeführt wurde, welche Garantie haben wir dann, daß der Widerstand gegen den Kommunismus und das Bündnis mit dem Faschismus in Spanien und mit der wiederbewaffneten kaiserlichen Regierung in Japan, die von den Vereinigten Staaten und anderen Westmächten proklamiert werden, nicht ebenfalls in Zweckmäßigkeitsabwägungen und einer Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen begründet sind? Kann es ferner als sicher angenommen werden, daß, wenn Rußland eine Entspannungspolitik verfolgen und den Westmächten in einigen ihrer Forderungen entgegenkommen würde, die europäischen Nationen, und mit ihnen die Vereinigten Staaten, ihre Politik, nach welcher der Kommunismus der Herd alles Bösen ist, ändern und nach und nach eine Politik des „Nebeneinander-Bestehens“ akzeptieren würden? In seiner Ausgabe von Oktober 1953 veröffentlichte FOREIGN AFFAIRS einen sehr aufschlußreichen Artikel unter der Überschrift: „Die Große Allianz zögert“<sup>\*)</sup>. Er zeigt klar und deutlich auf, daß einige der Partner der Großen Allianz spüren, daß es zweckdienlich sein dürfte, ihren unerbittlichen Widerstand gegen den Kommunismus zu dämpfen, und sich eventuell darauf vorzubereiten, die Doktrin des Neben-

einander-Bestehens zu akzeptieren. Politische Denker in Indien, Burma und Indonesien fragen sich nun, warum sollten wir, gegen unser besseres Wissen, aufgefordert werden, uns in die Front einer anti-kommunistischen Politik einzureihen?

Es mag für amerikanische Ohren fremd klingen, aber es ist trotzdem eine Tatsache, daß die führenden Persönlichkeiten Indiens und Burmas und vielleicht auch anderer südasiatischer Länder (mit Ausnahme von Siam) sich nicht vom Kommunismus bedroht fühlen. Sie stellen befriedigt fest, daß der Kommunismus keine Anziehungskraft auf ihr Volk besitzt, daß er — mit Ausnahme eines Bündnisses mit dem Nationalismus — keine Macht oder Lebensfähigkeit in der asiatischen Gesellschaft besitzt. Die Erfahrungen der letzten fünf Jahre in Burma, Ceylon, Indien und Indonesien haben zu ihrer Befriedigung bewiesen, daß, wo nationale Regierungen bestehen und eine unabhängige Politik befolgen, d. h. ihren Nationalismus verteidigen, der Kommunismus keinerlei Unterstützung gewinnen kann. Der markanteste Fall ist der von Burma. Man wird sich erinnern, daß in den Jahren 1949 und 1950, als die Kommunisten das chinesische Festland bis zu den Grenzen von Burma besetzten, Burma durch ein inneres kommunistisches Problem ernsthaft bedroht war. Es wäre für die chinesischen Kommunisten leicht gewesen, der sogenannten burmesischen Befreiungsarmee, die gerade damals auf der Höhe ihrer Macht stand, inoffiziell durch Bereitstellung von Führung und Waffen zu helfen; und doch geschah nichts dergleichen. Den burmesischen Kommunisten wurde nicht nur keine Hilfe zuteil, sondern das kommunistische Regime jenseits der Grenze hielt sich gewissenhaft von jeder Einmischung in die Kuomintang-Partisanen-Streitkraft unter Li-Mi, die sich innerhalb der burmesischen Grenzen verschanzt hatte, fern. Ohne jede militärische Hilfe von außen hat die Nationalregierung Burmas langsam aber sicher die kommunistischen Kräfte innerhalb des Staates vernichtet.

Von einigen hervorragenden amerikanischen Beobachtern ist erklärt worden, daß Burma von einer chinesischen Intervention verschont blieb, weil China sich in Korea schwer engagiert hatte und daß, wenn es dort nicht gebunden gewesen wäre, es höchstwahrscheinlich den burmesischen Kommunisten geholfen hätte. Diese Auffassung übersieht zwei Haupttatsachen. Erstens einmal erbaten die Kommunisten in Burma lediglich geschulte Anführer und einige Waffen, um in jenem Zeitpunkt die entscheidende Wendung herbeizuführen. Ein größeres Eingreifen wäre gar nicht nötig gewesen. Die Chinesen waren in Korea nicht so unabhkömmlich, daß sie es sich nicht hätten leisten können, für ihre Freunde irgendwo einige Kommissare und Waffen abzuzweigen. Tatsächlich ist die chinesische Armee in Yunnan, an der Grenze von Burma, immer eine große Macht gewesen. Die zweite Tatsache ist, daß die Chinesen schon Monate vor dem Beginn des Korea-Krieges der burmesischen Regierung feierlich versicherten, daß sie keinen Versuch machen würden, die innerhalb des burmesischen Gebietes illegal formierten Kuomintang-Kräfte anzugreifen und daß sie die bestehenden Grenzen respektieren würden — ein Versprechen, daß sie aufs Peinlichste gehalten haben trotz der ernsthaften Herausforderung des Generals Li-Mi und seiner Leute.

Es ist oft behauptet worden, besonders in der amerikanischen Presse, daß die Erzwingung der chinesischen Oberhoheit über Tibet einen Akt der Aggression darstelle, über den Indien aus seiner chesenenfreundlichen Einstellung heraus hinweggesehen habe und daß dies klar und deutlich die chinesischen Expansionsgelüste beweise. Zweifellos dringt der Kommunismus durch die Einbeziehung Tibets in die chinesische Politik nun bis zu den äußeren Gebirgsketten des Himalaya vor. Aber es ist seltsam, daß Amerika dies als einen Angriffsakt betrachtet, denn noch im Jahre 1948 hat das State Department einer tibetanischen Delegation, die zum Besuch in den Vereinigten Staaten weilte, unumwunden erklärt, daß es Tibet als einen Teil von China betrachte. Natürlich bezog sich dies auf das China der Kuomintang-Regierung. Die Abordnung, deren vorgegebener Zweck es war, in Amerika einen Absatzmarkt für Yakrindschwänze zu finden, kehrte enttäuscht zurück. So tauchte die Frage der Expansion nicht auf, als die Kuomintang-Regierung ihrerseits die Oberherrschaft über Tibet beanspruchte, obgleich man Indien jetzt der Duldung beschuldigt.

Ein anderes oft als eine klare Demonstration der kommunistischen Expansionspolitik erwähntes Moment ist der seit sieben Jahren dauernde Krieg in Indochina. Indien im besonderen wird beschuldigt, blind gegenüber den Folgerungen dieser nach Süden gerichteten Bewegung des

<sup>\*)</sup> In der Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“ veröffentlicht in B 49, Ausgabe 9. Dezember 1953

Kommunismus zu sein. Die politischen Führer Indiens, Burmas und Indonesiens selbst sehen die Lage in Indochina in einem anderen Licht. Sie unterstreichen die unbestrittene Tatsache, daß der unter kommunistischer Führung stehende Kampf der Viet-Minh gegen Frankreich in eben der Zeit begann, als die Sowjets noch mit den westlichen Nationen verbündet waren, daß er sich versteifte, bevor die Kommunisten Macht in China gewannen und daß schließlich, möge die Bewegung auch kommunistisch sein — und sie steht sicherlich unter kommunistischer Führung — weder Russen noch Chinesen in Indochina kämpfen, wohingegen die der Bewegung feindlichen Kräfte noch immer vorwiegend französische sind. Zweifellos ist das Regime Bao-Dai's unter amerikanischem Druck mit größerer Macht ausgestattet worden, aber die Haltung der Franzosen der Idee der Unabhängigkeit Vietnams gegenüber kann am besten beurteilt werden, wenn man an die heftige Reaktion der Pariser Regierungsstellen auf die kürzliche Entschließung der vietnamesischen Nationalversammlung (bestehend aus von Bao-Dai ausgesuchten Führern) denkt, mit welcher das Recht der Loslösung aus der französischen Union proklamiert wurde. Und dabei ist das Recht auf Loslösung die wahre Probe auf die Unabhängigkeit. Ist es daher verwunderlich, daß die asiatischen Völker, die ihre Unabhängigkeit neu gewonnen haben, zögern, bevor sie den französischen Versicherungen Glauben schenken, Frankreich kämpfe in Indochina für die Rettung der Unabhängigkeit der Vietnamesen? Den Indern klingt diese Behauptung besonders ironisch, wenn Frankreich vorgibt, seine Verfassung hindere es daran, Indien die kleinen kolonialen Besitzungen im Süden Indiens (Pondichery, usw.) zurückzugeben. Pondichery ist auf diese Weise zum Symbol des französischen Kolonialgedankens geworden, und ausgehend von der Haltung Frankreichs gegenüber der Freiheitsbewegung in diesen Landstrichen können die Inder nicht getadelt werden, wenn sie in der französischen Position in Indochina lediglich den hartnäckigen Wunsch sehen, bis zum letzten Mann für die Aufrechterhaltung der Stellung Frankreichs im Fernen Osten zu kämpfen.

Wie beeinflußt dies Indiens Haltung Amerika gegenüber? Diese wird in erster Linie dadurch beeinflußt, daß Indien fühlt, daß ohne die finanzielle und materielle Unterstützung Amerikas sowie dessen, zwar widerwillige, Zustimmung zur französischen Politik, die Franzosen ihre Stellung im Fernen Osten und ihren Kolonialbesitz in Indien nicht halten könnten. Zweitens verliert hierdurch in den Augen Indiens und anderer gleichdenkender asiatischer Länder der Anspruch an Boden, der Zusammenschluß mit Amerika an der Spitze sei ein Bündnis der freien Welt. Wie kann man von uns verlangen, uns mit einer freien Welt zu verbünden, von der ein führendes Mitglied immer noch Kolonialbesitz in Indien hat, und ein anderes (Portugal) mit unbewußter Ironie behauptet, ein integrierendes Gebiet Indiens (Goa) sei ein unabtrennbarer Teil von Portugal? Die Politik Frankreichs und Portugals beruht klar auf der Kolonialidee. Worüber Indien enttäuscht ist, ist, daß die Amerikaner nicht begreifen, daß, solange ein Zoll indischen Bodens koloniales Besitztum bleibt, Indien sich niemals — sei es auch nur indirekt — mit diesen Staaten verbünden wird.

Wenn die Völker Asiens und deren Führer aus diesem Grunde die kommunistische Expansion nicht fürchten, so sollte ihre Weigerung, der großen Allianz beizutreten, verstanden und akzeptiert werden. Auf Grund früherer Erfahrungen verdächtigen sie diese Allianz, daß sie auf Zweckmäßigkeitsüberlegungen und den Nationalinteressen der westlichen Staaten fußt. Mag sein, daß die Asiaten Unrecht haben, daß sie ihre eigenen Interessen nicht einmal erkennen, es kommt jedoch nichts Gutes dabei heraus, sie zu diffamieren oder ihnen anzuhängen, sie wären heimliche Kommunisten.

★

Der zweite Punkt, der die Kluft zwischen Amerika und Indien noch tiefer aufreißt, ist die schwankende Haltung, die Amerika in der letzten Zeit in der Kolonialfrage eingenommen hat. Amerikas traditionelle Haltung in puncto Kolonialpolitik und seine Erfolge auf den Philippinen werden in Indien voll und ganz anerkannt. Was aber weder Indien noch irgendeine andere asiatische Macht versteht, ist die bequeme, immer mehr um sich greifende Ansicht, daß der Kolonialgedanke der Vergangenheit angehöre, daß wir in Indien seinen Überbleibseln zu viel Bedeutung beimessen, und daß wir im Grunde gegen Schatten kämpfen, wenn wir diesen zum Angelpunkt der Unterschiedlichkeit zwischen uns und dem Westen machen. Eine kurze Betrachtung zeigt, daß, wenn auch die alte Kolonial-

idee des Ländereibesitzes und der abwesenden Gutsherren tot ist, doch ein neuer und gefährlicherer Kolonialgedanke in Afrika in der Entwicklung begriffen ist. Die Umrisse dieser neuen Phase der europäischen Ausbeutung zeichnen sich in Kenya, Zentralafrika und in den nordafrikanischen Ländern ziemlich deutlich ab. Es ist ein klarer Versuch, kleine europäische Gemeinschaften zu entwickeln, politische und wirtschaftliche Rechte in diesen zu verankern, die eingeborene Bevölkerung der Nutznießung großer Landstriche zu berauben, sie zu Sklavenarbeitern zu machen und somit „weiße“ Kolonialstaaten zu gründen, deren Prototyp das Südafrika Malans ist. In Kenya wird diese Politik mit einer Unbarmherzigkeit durchgeführt, die wenige Parallelen in der Kolonialgeschichte aufweist. Es ist zweifellos wahr, daß die Reaktion der Kikuyu auf diese Politik der Unterdrückung der Eingeborenen von primitiver Wildheit gewesen ist, aber wieviele Grausamkeiten die Mau-Mau auch begangen haben möge — sie können nicht die Tatsache verdecken, daß England versucht hat, eine kleine Gemeinschaft von Ansiedlern, die außergewöhnliche wirtschaftliche Rechte genießt und ein Gebiet im Hochland für sich in Anspruch nimmt, mit politischer Macht auszustatten. Auch die kürzlich gegründete Zentralafrikanische Föderation kann als nichts anderes als ein Versuch angesehen werden, die europäische Herrschaft nach Zentralafrika zu verpflanzen. Besteht irgendein Unterschied in der Politik Frankreichs in Tunesien und Marokko? Alle die sogenannten Reformen, die Frankreich eingeführt hat, haben einen einzigen hervorstechenden Zweck — den französischen Ansiedlern die Rechte zu bewahren, die den Landeskindern gehören.

Dieses neue Kolonialsystem, das auf der Lehre der rassistischen Überlegenheit und der wirtschaftlichen Ausnutzung aufgebaut ist, wird mit passiver Duldung, wenn nicht sogar mit aktiver Unterstützung der Vereinigten Staaten entwickelt. Die Debatten über Tunesien und Marokko vor der UNO lassen klar zu Tage treten, das Amerika aus Zweckmäßigkeitsgründen — wenn es auch vielleicht nicht mit der Politik seiner Bundesgenossen einverstanden ist — ein stiller Teilnehmer und Bundesgenosse ist in dem großangelegten Schema der kolonialen Mächte, Afrika „aufzurufen“ (wie Canning es bei einem geschichtlichen Anlaß von Südamerika sagte), um das durch den Verlust der Kolonien in Asien gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen.

Es taucht oft die Frage auf, warum Indien und andere asiatische Länder so heftig gegen die europäische Kolonialherrschaft protestieren, während sie über die Kolonialherrschaft der Sowjets kein Wort verlieren. Die Antwort ist einfach. Die Sowjets haben niemals den Anspruch erhoben, sie verkörperten die freie Welt. Sie haben niemals Indien oder irgendein anderes Land aufgefordert, seine Macht mit der ihrigen zu vereinigen. Sie haben eine andere Ideologie, und so lange sie uns ihre Meinung nicht aufzwingen, werden wir ihnen die unsrige nicht aufzwingen. Aber im Falle der Freien Welt handelt es sich um etwas anderes. Wenn wir uns weigern, uns mit der freien Welt gleichzuschalten, so heißt es, daß wir moralisch tadelnswert handeln und eine schlechte Politik verfolgen. Aus diesem Grunde ist es für uns wichtig zu wissen, was die freie Welt darstellt. Eine derartige Frage erhebt sich nicht in Bezug auf die Sowjetunion, da wir wissen, was Kommunismus bedeutet, und wir ihn selbst bekämpft haben, während andere mit Moskau fraternisierten.

## Das Problem China

Schließlich ist da noch das wichtige Problem China — der Hauptpunkt in der Gegensätzlichkeit zwischen den Vereinigten Staaten und Indien. Der indische Standpunkt ist wohl bekannt und oftmals umrissen worden. Er besagt, daß das Regime von Peking, welches das gesamte Festland unbestritten beherrscht, einen berechtigten Anspruch auf den China durch die Charta der Vereinten Nationen gegebenen Sitz hat, und weiter, daß jede Politik, welche die Tatsache leugnet, daß die Zentrale Volksregierung die wirkliche Regierung Chinas darstellt, äußerst unrealistisch ist und nur zu weiteren Verwicklungen in den internationalen Beziehungen führen kann. Nach einer Periode der Unsicherheit nimmt Amerika den Standpunkt ein, China befinde sich in einem fortdauernden Bürgerkrieg und von den zwei Parteien repräsentiere Tschiang Kai-Schek und seine Gruppe auf Formosa die legitime Regierung und habe deshalb Anspruch auf die Rechte, welche China zugestanden werden müssen. Ferner wird vorgebracht, daß, selbst wenn man einräumt, das Regime

von Peking sei dadurch, daß es die Kontrolle über das gesamte Festland ausübt, die wirkliche Regierung Chinas, dieses sich selbst des Rechtes auf Mitgliedschaft in der UNO begeben habe, indem es sich eines Aktes der Aggression schuldig gemacht und gegen die Streitkräfte der Vereinten Nationen gekämpft habe.

Über den ersten Punkt braucht nicht viel gesagt zu werden. Die meisten Länder Asiens, mit Ausnahme von Siam, Südkorea und der Philippinen, erkennen das Regime von Peking als die einzige legitime Regierung Chinas an. Nicht nur Indien, Burma und Indonesien sondern auch Ceylon, Pakistan und Afghanistan erkennen die Pekinger Regierung an. Nach der in Asien vorherrschenden Auffassung gibt es also keinen fortdauernden Bürgerkrieg in China. Für ein besseres Verständnis der Gegensätzlichkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und Indien in Bezug auf das Eingreifen Pekings ist jedoch eine eingehende Untersuchung des indischen Standpunktes erforderlich.

Der Koreakonflikt entstand in der letzten Juniwoche des Jahres 1950. Fast unmittelbar darauf dehnte Präsident Truman durch eine einseitige Erklärung das Schutzgebiet der 7. Flotte bis auf Formosa aus, mit anderen Worten, er mischte sich in den chinesischen Bürgerkrieg ein, indem er ein Gebiet unter amerikanischen Schutz stellte, in welchem eine der betroffenen Parteien ihr Hauptquartier errichtet hatte. Die Pekinger Regierung protestierte gegen diese Aktion, da sie einen Akt der Aggression darstelle und brachte die Angelegenheit vor den Sicherheitsrat. Es besteht kein Zweifel, daß das Vorgehen Amerikas nach der Auffassung vieler asiatischer Länder eine Einnischung in die Revolution bedeutete, und Peking schien es mit Recht als eine Aggression zu betrachten, zumal die Vereinten Nationen die Handlungsweise Amerikas nicht unterstützten. Selbst da rührten sich die Chinesen noch nicht, sondern brachten die Angelegenheit lediglich vor den Sicherheitsrat. Der Krieg in Korea wurde ohne Intervention von Seiten der Chinesen fortgesetzt. Dann kam die Landung in Inchon und das Vordringen nach Norden. Als die UNO-Streitkräfte sich dem 38. Breitengrad näherten, kündigte die Regierung von Peking offiziell an, daß sie, falls nicht-koreanische Streitkräfte den 38. Breitengrad überschreiten würden, nicht müßig bleiben sondern mit Nachdruck intervenieren würde. Das Kommando der Vereinten Nationen entschied, nachdem es den Vorwurf der Aggression zurückgewiesen hatte, den Kampf auf feindliches Gebiet zu tragen. Die Chinesen sehen dies als einen weiteren Akt der Aggression an und griffen, als die UNO-Streitkräfte sich dem Yalufluß näherten, mit Truppenmacht — wie sie gedroht hatten — an und warfen die UNO-Armeen zurück.

In diesem Zusammenhang sind noch zwei andere Faktoren zu beachten. Der erste ist: der Besuch des Obersten Befehlshabers im Fernen Osten und Kommandeurs der UNO-Streitkräfte, General McArthur, bei Tschiang Kai-schek auf Formosa und die Verlautbarung über ihre Beratungen bezüglich einer gemeinsamen Verteidigung dieser Insel. Diese Veröffentlichung, die noch vor der chinesischen Intervention in Korea abgegeben wurde, unterstrich somit, wie eng in der Vorstellung Amerikas der Krieg und der angeblich andauernde Bürgerkrieg in China miteinander verquickt waren. Der zweite Faktor ist der Brief General McArthurs an die Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer, mit welchem er erklärte, die Kontrolle über Formosa sei von vitaler Bedeutung für die amerikanische Strategie im Pazifik. Hierdurch bestärkte er die Chinesen in der Überzeugung, daß Trumans Befehl an die 7. Flotte eine bewußte Aggression gegen China war. Zwar wurde General McArthurs Brief zurückgezogen und das State Department distanzierte sich von seiner Handlungsweise, Formosa blieb aber weiterhin unter amerikanischem Schutz.

Die chinesische Aggression war daher für die meisten Asiaten eine stark in Zweifel zu ziehende Angelegenheit. Dies wurde klar, als die Resolution, China als Angreifer zu brandmarken, Ende Januar 1951 eingebracht wurde. Es ist seltsam, daß, obgleich die chinesische Einnischung im Oktober 1950 stattfand, die Vereinten Nationen bis Ende Januar 1951 warteten, um sich darüber klar zu werden, ob von Seiten Chinas eine Aggression vorlag oder nicht. Es ist ebenfalls bezeichnend, daß, als die Angelegenheit zur Abstimmung kam, die Resolution nicht die Unterstützung Indiens, Burmas, Indonesiens und anderer Länder Asiens fand. Die asiatischen Staaten waren offensichtlich nicht der Auffassung, daß China sich eines Angriffes schuldig gemacht habe. Obwohl die Resolution durchkam, wurde der Beschuldigung augenscheinlich keine große Bedeu-

tung beigemessen, denn sonst hätten die Vereinten Nationen keine Verhandlungen mit den chinesisch-koreanischen Streitkräften aufnehmen können, weil dies bedeutet haben würde, einen Vergleich mit der Aggression zu schließen und die Grundsätze der Vereinten Nationen zu verraten. Ein Angreifer muß ex hypothesis bestraft werden, aber anstatt entsprechend zu handeln, sind die Vereinten Nationen, nachdem sie China bewußt als Aggressor gebrandmarkt haben, ebenso bewußt in Verhandlungen mit seiner Regierung eingetreten.

Diese Umstände haben Indiens Auffassung nur noch bestätigt, daß es nämlich der größte politische Irrtum sei, die Regierung von Peking von den Vereinten Nationen auszuschließen und dies bleibt ein vitaler Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Indien. Die anderen, weniger wichtigen Schwierigkeiten, wie die Weigerung Indiens, an dem von den Vereinigten Staaten geförderten Vertrag mit Japan teilzunehmen, seine Weigerung, der amerikanischen Führung bezüglich des Handels mit China zu folgen, usw., entspringen aus dieser fundamentalen Gegensätzlichkeit.

## Der „Neutralismus“ Indiens

Im Lichte der vorausgegangenen Auseinandersetzung ist es nunmehr möglich zu erklären, was unter Indiens sogenanntem „Neutralismus“ zu verstehen ist. Indiens Verbindungen, seine Sympathien und ganz allgemein seine Berührungen mit der Welt sind alle auf die demokratischen Staaten gerichtet. Seine Beziehungen zu Großbritannien und einigen der Commonwealth-Länder sind sehr eng. Trotz der unterschiedlichen Politik unterhält es herzliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und auf sehr vielen Gebieten besteht zwischen den beiden Regierungen eine freundschaftliche Zusammenarbeit. Indiens Beziehungen zur Sowjetunion und China sind ganz anderer Art. Sie sind zweifellos freundschaftlich, aber weder auf wirtschaftlichem noch auf politischem Gebiet gibt es irgend etwas, was einer aktiven Zusammenarbeit gleichkäme. In umfassenderem Sinne lebt Indien daher mit und in der demokratischen Welt. Aber in dem, was der Kalte Krieg genannt wird, geht es mit den Vereinigten Staaten und dessen Freunden nicht konform, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es — wie wir gesehen haben — die Voraussetzungen, auf denen Amerikas Politik basiert, nicht gelten läßt. Indiens vorherrschendes Interesse gilt dem Frieden, was zweifellos auch auf die Vereinigten Staaten zutrifft; aber es ist fest davon überzeugt, daß dem Frieden durch die Politik, wie sie im Kalten Krieg ihren Höhepunkt erreicht hat, nicht gedient ist. Indien mag im Unrecht sein, aber es ist um keinen Preis bereit, sein selbständiges Urteil in solch einer wichtigen Angelegenheit aufzugeben.

Indien hegt genau so wie die Vereinigten Staaten die entschiedene Auffassung, daß der Kommunismus eine Gefahr ist, aber es glaubt, daß die Gefahr nur dann bedrohlich werden wird, wenn die freien Nationen in Asien unfähig sind, ihr wirtschaftliches und politisches Leben auf einer soliden und dauerhaften Basis zu organisieren. Der Streit zwischen Demokratie und Kommunismus muß in der inneren Struktur jedes Staates selbst ausgefochten und beigelegt werden. Wenn Indien und die Nationen Südasiens in der Lage sind, ihren Lebensstandard zu verbessern, ihre Gesellschaft zu modernisieren, ihre Hilfsquellen auf das vorteilhafteste auszunutzen, ihren Völkern Bildung und Gesundheit zu verschaffen, dann werden sie den Kommunismus überwinden können. Dies ist der Kampf, in den Indien verwickelt ist und es ist fest entschlossen, ihn nicht zu verlieren. Wenn die amerikanische Regierung auch die politischen Gegensätze, die uns trennen, bedauert, so hat sie doch die Bedeutung dieses Kampfes erkannt und uns in manch wichtiger Hinsicht reichliche Hilfe zuteil werden lassen. Indien begrüßt diese Hilfe und hofft, daß das Feld der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten sich mit der Zeit noch ausdehnen wird.

Wenn die politischen Kontroversen, die zwischen zwei selbständigen Ländern unvermeidbar sind, auf ihre wahren Proportionen zurückgeführt werden, so läßt sich erkennen, daß die Vereinigten Staaten und Indien auf vielen lebenswichtigen Gebieten praktisch zusammenarbeiten. Um diese Zusammenarbeit noch ergiebiger und umfassender zu gestalten, muß der eine den Standpunkt des anderen verstehen und die aus ehrenhaften Motiven herrührenden Meinungsverschiedenheiten tolerieren, selbst wenn sie im Augenblick hinderlich sind.

JAWAHARLAL NEHRU

# Internationale und innenpolitische Probleme

24 Stunden nach Abschluß der Berliner Konferenz wurde bekanntgegeben, daß Pakistan und die Türkei beschlossen haben, ihren Freundschaftspakt von 1951 zu einer Verteidigungsallianz auszubauen. Die Vereinigten Staaten, unter deren Assistenz die Verhandlungen geführt wurden und die militärische Hilfe zusagten, haben damit einen wesentlichen Erfolg erzielt. Die Türkei und Pakistan, zwei bedeutende Staaten, die die östlichen Einfallswegen zu den Ölfeldern des Mittleren Ostens flankieren, sind nun in das westliche Verteidigungssystem einbezogen worden.

Wir veröffentlichen nun im folgenden die Ansprache des Indischen Premierministers vom 22. Februar vor dem Indischen Parlament in der Debatte über die Rede des Präsidenten, sowie die Radioansprache des Pakistanischen Ministerpräsidenten vom 1. März 1954. Beide Staatsmänner nehmen zu dem Bündnis Stellung.

Sir, ich bin Ihnen für die Erlaubnis dankbar, in die Debatte eingreifen zu dürfen. Während der letzten Tage sind hier zahlreiche Reden gehalten und viele und verschiedenartige Probleme erörtert worden. Es ist für mich ziemlich schwierig, mich mit allen aufgeworfenen Fragen zu befassen, daher werde ich mit Ihrer Erlaubnis nur einige von ihnen herausgreifen.

Die Hauptthemen, die wir hier zu erörtern haben, sind die großen internationalen und innenpolitischen Probleme, denen das Land gegenübersteht, und wir sollten vermeiden, auf die kleineren Probleme einzugehen, die wir zu einem späteren Zeitpunkt besprechen können.

## Der Schleier der Furcht.

Die Welt heute ist voller Probleme, Spannungen und Ängste. Es scheint, daß sie mit einem Schleier der Furcht umgeben ist und stets nach Sicherheit sucht. Leider führt dieses Streben nach Sicherheit zu einer Vermehrung der Spannungen in der Welt. Offensichtlich kann kein Land, nicht einmal das größte oder das mächtigste Land der Welt seinen eigenen Weg gehen; weniger noch ein Land wie Indien, das keine Macht im militärischen oder finanziellen Sinne darstellt, sondern nur — wenn man so sagen will — über die Macht unseres Glaubens verfügt, wenn man das überhaupt als Macht bezeichnen kann. Daher können wir uns wohl über Dinge beklagen, die wir nicht mögen, aber wir sollten die Dinge in ihrer wirklichen Perspektive sehen und überlegen, was getan werden muß und was nicht, und wir sollten unser Bestes versuchen. Wir können nicht immer die von uns erhofften Ergebnisse erzielen. Aber, wie dem auch sei, ich glaube, wenn wir unser Bestes versuchen, so werden auch einige gute Resultate folgen.

Heutzutage gibt es besonders in Asien spezielle Probleme, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Abgesehen von anderen Gründen verbindet uns die zentrale geographische Lage Indiens mit diesen Problemen sowohl in West- wie auch in Südost und Ost-Asien, und wir haben hier auf jeden Fall eine Verantwortung zu übernehmen, ungeachtet der wirklichen Größe unseres Landes, unserer Bevölkerungsdichte und unserer möglichen Hilfsquellen. So sind wir gelegentlich mit außenpolitischen Fragen in Berührung gekommen, obwohl wir so gut wie möglich zu vermeiden suchten, in irgendwelche Angelegenheiten hineingezogen zu werden.

## Indiens Mission in Korea.

Dieses Haus weiß, daß erst gestern einige unserer Truppen aus Korea zurückgekommen sind. Weitere werden in wenigen Tagen folgen, und dieses Kapitel Korea ist geschlossen, dieses Kapitel, in dem unsere Bewachungstruppen und unsere Vertreter in der neutralen Repatriierungskommission eine Rolle spielten. Ich brauche darüber jetzt nicht viel zu sagen. Die meisten Tatsachen sind den Abgeordneten bekannt und in der Presse veröffentlicht worden. Ich hoffe, zu einem späteren Zeitpunkt diesem Hause eine Erklärung zu unterbreiten, die aber mehr für das

Protokoll als für irgendwelche zusätzlichen Informationen über Korea gedacht ist.

Das von der neutralen Repatriierungskommission angestrebte Ziel ist nicht erreicht oder nicht voll erreicht worden, und leider bleiben die meisten Probleme ungelöst. Dies ist sehr bedauerlich. Aber ich glaube, die meisten werden mit mir übereinstimmen, daß unsere Vertreter in der Kommission, die eine sehr, sehr delikate Aufgabe zu erfüllen hatten, wie auch unsere Bewachungstruppen ihre Pflicht so erfüllten, wie es von ihnen nur erwartet werden konnte, so daß letzten Endes meiner Meinung nach — ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten unserer Vertreter in dieser Angelegenheit — alle Parteien ihre unparteiische Haltung in ihrer Tätigkeit lobten.

Obwohl alle oder fast alle Probleme ungelöst bleiben, so ist doch in Korea nichtsdestoweniger etwas Erfreuliches eingetreten, nämlich, daß diese seit zwei oder drei Jahren andauernden schrecklichen Kämpfe eingestellt wurden; zumindesten das Morden hörte auf. Nur die Probleme bleiben zurück, obwohl diese Probleme schwierig genug sind.

In diesem Zusammenhang gibt es eine Angelegenheit, die ich erwähnen möchte. Das Haus weiß vermutlich, daß über zahlreiche Fragen Meinungsverschiedenheiten bestanden, die jedoch mehr spezieller Natur waren, nämlich, wie zum Beispiel die Kommission ihre Arbeiten in der Kriegsgefangenenfrage abschließen sollte. Der Vorsitzende, d. h. der Vertreter von Indien, kam zu der Überzeugung, daß die verschiedenen in dem Abkommen zwischen den beiden Parteien festgelegten Verfahren keine Aussicht hatten, sich durchzusetzen. Die Kommission hatte daher keine andere Alternative, als die Gefangenen wieder den Parteien zu übergeben, die sie gefangen genommen hatten.

## Kriegsgefangene vor Gericht.

In den letzten Tagen standen wir einer besonderen Schwierigkeit gegenüber: Es standen 17 Personen, die sehr ernsthafter Verbrechen, darunter auch des Mordes beschuldigt wurden, vor Gericht. Ein von unseren Streitkräften dort gebildetes Kriegsgericht verhandelte gegen sie. Unglücklicherweise konnten die Prozesse nicht beendet werden, was zum Teil auf die mangelnde Zusammenarbeit verschiedener Parteien zurückzuführen ist. Als Ergebnis entstand das Problem, was mit diesen wegen ernsthafter Verbrechen beschuldigten Personen geschehen sollte. Es war offenkundig, daß die indischen Bewachungstruppen das Kriegsgerichtsverfahren nicht fortsetzen konnten, weil sie nicht dort stationiert blieben. Es war ebenso klar, daß diese Angeklagten nicht mit nach Indien genommen werden konnten. Es war andererseits zweifellos richtig, den Prozeß gegen die so schwer Angeklagten irgendwie zu beenden und sie je nach Ausgang des Prozesses zu bestrafen oder freizusprechen. In dieser Zwangslage beschlossen die indischen Bewachungstruppen daher, die Angeklagten derjenigen Partei, in deren Gewahrsam sie waren, mit der nachdrücklichen Bitte zu überantworten, diesen Prozeß fortzusetzen und zu beenden. Ich weiß nicht genau, was aus ihnen werden wird, ich bin

jedoch der Ansicht, daß es eine Mißachtung der Gerechtigkeit sein würde, wenn Personen, denen diese ernsthaften Verbrechen nachgewiesen werden könnten, lediglich entlassen werden.

#### Die Genfer Konferenz.

Ich erwähnte Korea, aber es gibt zahlreiche andere Plätze in der Welt, die gewaltige Probleme aufwerfen. Das Haus weiß, daß kürzlich die vier Großmächte in Berlin zusammentraten und viele, viele Tage über Deutschland, Österreich und andere Probleme argumentierten. Unglücklicherweise zeitigte die Konferenz keine greifbaren Ergebnisse außer der einen Tatsache, die als heller Punkt gegen Ende der Konferenz auftauchte. Die vier Großmächte beschlossen, am 26. April in Genf zu einer Konferenz zusammenzutreten, um das Korea- und das Indochina-Problem zu erörtern. Ich nehme an, daß die chinesische Regierung diesem Verfahren zugestimmt hat, da sie eng darin verwickelt und ihre Anwesenheit offensichtlich erforderlich ist.

#### Appell für einen Waffenstillstand in Indochina.

Ich habe gerade erwähnt, daß in Korea — abgesehen von den verbleibenden Schwierigkeiten — der Krieg beendet wurde. Das ist eine sehr große Sache.

In Indochina ist der Krieg leider noch nicht beendet worden, sondern wird auf schreckliche Weise fortgesetzt. Es ist nun sechs Jahre her, seit der Krieg in Indochina begann, und ich möchte im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr darüber sagen, als daß auf alle Fälle wir hier alle — und zweifellos auch viele andere — irgendeine Beendigung dieses Krieges sehr begrüßen würden, besonders da auch vorgeschlagen wurde, daß die beteiligten Großmächte dieses Problem in zwei Monaten erörtern werden. Es scheint überaus traurig, daß dieser Krieg andauern sollte, wenn ein ernsthafter Versuch unternommen wird, einen Ausweg zu finden. Es ist nun nicht meine Aufgabe, irgendetwas vorzuschlagen, und ich habe wirklich nicht den Wunsch, in irgendeiner Weise zu intervenieren oder einzugreifen oder uns selbst darin zu verwickeln oder irgendetwas ähnliches in diesem Sinne zu tun. Ich wage jedoch, allen beteiligten Parteien und Mächten in Anbetracht der Tatsache, daß das Problem Indochina in zwei Monaten auf der Genfer Konferenz erörtert werden soll, vorzuschlagen, daß es wünschenswert sein dürfte — es ist meiner Ansicht nach wünschenswert — irgendeinen Waffenstillstand herbeizuführen, ohne daß irgendeine Partei ihre eigene Stellung oder irgendetwas, was sie als ihr Recht erachtet, aufgibt, denn wenn man einmal über Rechte zu argumentieren beginnt, so ist kein Ende dieser Debatte abzusehen. So möchte ich in aller Menschlichkeit — und ich bin sicher, daß dieses Haus sich mir anschließen wird — diesen sehr ernststen Appell an die Mächte richten, einen Waffenstillstand in Indochina anzustreben. Dann können sie ja alles nach ihrem eigenen Wissen erörtern. Ich wiederhole, daß wir, soweit wir darin betroffen sind, nicht den Wunsch haben, uns einzumischen oder irgendeine Last oder Verantwortung in diesem Zusammenhang zu übernehmen.

Man kann nun am Beispiel des koreanischen Krieges und noch mehr des Krieges in Indochina — und wenn ich einige weitere Plätze nennen darf, wo zwar nicht ein Krieg dieser Art jedoch ständig militärische Operationen geführt werden, wie in Malaya und einigen Teilen Afrikas — feststellen, daß wenn einmal ein kleiner Krieg ausbricht, er weiter und weiter geht; wenn militärische Operationen geführt werden, so werden sie weiter und weiter geführt. Es ist schwierig, ihnen Einhalt zu gebieten. Es ist schwierig, sie zu beenden oder durch diese Mittel irgendeine zufriedenstellende Lösung des Problems zu erzielen. Ich möchte nicht näher auf die Frage Indochina eingehen. In den letzten zwei Jahren neigte sich das Schwergewicht manchmal auf diese und manchmal auf jene Seite, ohne daß die Lage wesentlich verändert wurde. Manchmal unternimmt eine Partei militärische Vorstöße und manchmal weicht sie etwas zurück. Ich bin über die militärische Lage nicht genau im Bilde. Ich kann nichts sagen, aber jedermann kann sehen, daß sie sich fünf Jahre lang gegenseitig bekämpften und töteten, ohne zu irgendeiner Entscheidung zu gelangen. Hieraus können wir meiner Meinung nach bestimmte Schlüsse ziehen. Wenn es schon in diesem verhältnismäßig kleinen Kriege so schwierig ist, auf militärischem Wege ein Ende herbeizuführen, was wird sich erst ereignen, wenn ein großer globaler Krieg über uns hereinbrechen würde? Würde dies nicht eine nicht zu beendende Angelegenheit sein,

die weiter und weiter geht, die niemand beenden und bei der niemand ein Ende herbeiführen kann oder was würde sonst daraus werden? Es ist heutzutage schon gefährlich, einen kleinen Krieg anzufangen. Die Menschen mögen glauben, daß es sich um einen unbedeutenden Vorgang handelt. Er ist es nicht, er geht weiter und weiter, ohne Rücksicht auf die Gerechtigkeit der Sache. Daher sollte man sich immer daran erinnern. Ich hoffe darum, daß in Indochina und an den anderen Plätzen, die ich erwähnte, der Versuch unternommen wird, dieses Töten auf jeden Fall zu beenden. Es kann nämlich kein Zweifel darüber bestehen, daß abgesehen von den Schrecken dieses Tötens im Kriege oder im Verlauf militärischer Operationen viel Bitterkeit und Konflikte zurückbleiben. Es kommt schließlich nicht auf das Ergebnis einer militärischen Operation an, wenn in Millionen Menschen Furcht und Bitterkeit zurückbleiben, denn dies wird wieder zu künftigen Schwierigkeiten Anlaß geben, und kein Ende ist abzusehen. Ich persönlich bin davon überzeugt, daß es für diese Probleme zu diesem Zeitpunkt keine echte Lösung durch einen Krieg — sei es ein kleiner oder sei es ein großer — geben kann, und so möchte ich an die Großmächte, an die kleinen Mächte und alle Beteiligten appellieren, in diesem oder ähnlichem Sinne Anstrengungen zu unternehmen, jedoch auf jeden Fall zu versuchen, diese Operationen durch Waffenstillstand oder auf andere Weise zu beenden.

#### Der kalte Krieg

Ich möchte nun auf die kürzliche Berliner Konferenz zu sprechen kommen, die, wenn ich so bei allem Respekt sagen darf, ziemlich enttäuschend war, abgesehen von dem Beschluß, eine Konferenz in Genf abzuhalten, was wir begrüßen müssen. Nichtsdestoweniger sollte das Haus zur Ansicht gelangen, daß selbst diese Berliner Konferenz, die an sich keine Ergebnisse zeitigte, als ein gutes Anzeichen zu werten ist. Das Zusammenkommen, das Erörtern und Abwägen der verschiedenen Standpunkte verhindern nicht nur eine tragische Entwicklung wie einen Krieg, sondern beweisen außerdem das ständige Streben nach friedlichen Regelungen. Ich hege keinen Zweifel, daß die Völker aller Länder der Welt sich nach Frieden, nach wirklichem Frieden sehnen und nicht nur lediglich nach dem Nichtvorhandensein eines Schießkrieges. Was haben wir heute? Wir nennen es den kalten Krieg, und der kalte Krieg ist zweifellos besser als ein Schießkrieg, alles würde besser sein als ein Schießkrieg. Trotzdem ist ein kalter Krieg eine sehr schlechte Sache. Er bedeutet gegenseitige Streitigkeiten. Er bedeutet ständige Furcht — Furcht vor einem Krieg und Furcht, die eigene Sicherheit zu verlieren — mit dem Resultat, daß ständig Spannungen bestehen. Soweit die Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wird, ist dies natürlich ein unnormaler Zustand, weil diese nicht normal funktionieren kann. Politisch besteht eine ungeheure Spannung, bestehen Haß und Abneigung, und das Leben bewegt sich stets am Rande eines umfassenden Krieges.

Ich mache mir Gedanken, wie die heutige Generation in vielen Teilen der Welt einmal leben wird, wenn sie erwachsen ist. Sie denkt nur im Zeichen des kalten Krieges und eines möglichen großen Krieges, sie lebt nur im Zeichen des Hasses gegen dieses oder jenes Land, gegen diese Völker oder jene. Die Umgebung und der Rahmen, in denen die heutige Generation aufwächst, sind für mich ein schrecklicher Gedanke. Einige der verehrten Abgeordneten werden sicher kürzlich die Kinderkunstausstellung in Delhi betrachtet haben, die von der Kinderausgabe der Wochenzeitschrift *Shankar* organisiert wurde. Dort wurden Tausende von Kindern gemalte Bilder aus der ganzen Welt ausgestellt. Es war eine ausgezeichnete Sammlung, auf der, abgesehen von den künstlerischen Verdiensten, gezeigt wurde, was die Kinder in der ganzen Welt denken. Es war für mich bedrückend, als ich diese Bilder sah, wie viele Kinder Alpträume zum Ausdruck brachten, schreckliche Alpträume, als wenn sie diese einmal erlebt hätten. Dies bewies vielleicht die Furcht vor der Umgebung, in der diese Kinder aufwachsen, die Furcht vor dem Haß, den Streitigkeiten, möglichen Kriegen und ähnlichen Dingen. Hiergegen müssen wir ankämpfen, abgesehen von unserem Streben, einen Krieg zu vermeiden. Man könnte fast denken, daß über der Welt ein böser Zauber herrscht, der uns bedrückt und die weitgreifenden Hoffnungen der Bevölkerung der ganzen Welt auf Frieden und gutem Willen und ihr Streben, ein normales Leben zu leben, unterdrückt. Und wir können von diesem Zauber nicht loskommen. Wir treffen uns in Konferenzen und auf

ähnlichen Zusammenkünften, manchmal führen wir miteinander Ferngespräche und hoffen sehr auf Frieden und friedliche Regelung und Auswege, aber irgendwie wird uns das alles sehr schwer gemacht.

### Die Grundkräfte des Nationalismus

Dies ist das Grundproblem der Welt, das — was für uns in Asien in gewisser Weise kompliziert ist — alle Arten neuer Kräfte entfesselt, die in Asien und in gewisser Weise auch in Afrika frei werden. Wir sind an den Problemen der Welt interessiert, weil sie uns genau wie die ganze Welt betreffen. Wir sind besonders an asiatischen Problemen interessiert, weil wir zu Asien gehören. Wir sind aus verschiedenartigen Gründen an afrikanischen Problemen interessiert, wobei ein geringer Grund natürlich der ist, daß in Afrika oder in Teilen von Asien außerhalb Indiens eine große Anzahl Inder leben. Wir sind an ihnen interessiert. Das wirkliche Problem sind aber nicht die im Auslande lebenden Inder, sondern die ausländischen Völker. Keines dieser Probleme, das wage ich zu sagen, kann durch Zwang oder Gewalt gelöst werden. Die Kräfte, die wir in der Vergangenheit unter Kontrolle hatten, können jetzt nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden. Ich möchte eine objektive Analyse geben, ohne wirklich auf die Dinge einzugehen. Meine Sympathien sind klar, die Sympathien des Hauses sind klar, aber abgesehen von Sympathien — es ist keine objektive Analyse — kann man meiner Meinung nach nicht aus irgendwelchen Gründen diese Grundkräfte des Nationalismus und der Freiheit unterdrücken, die in Asien oder in Afrika oder sonstwo zum Ausbruch gekommen sind. In diesem Zusammenhang darf ich natürlich die starke Abneigung gegen jede Art von rassistischen Diskriminierungen auf jenen Kontinenten nicht unerwähnt lassen.

### Indiens Außenpolitik

So sieht die Lage aus. Das Haus kennt unsere Politik. Sie wird manchmal fälschlicherweise als eine neutrale Politik oder als Neutralismus bezeichnet, und uns wird gesagt, daß wir auf dem Zaune sitzen, daß wir dieses oder jenes Land fürchten und daß wir daher nicht den Mut haben, unsere Überzeugung zu vertreten. Gut, uns fehlen viele Dinge, und manchmal fehlt uns sogar die Weisheit. Aber ich glaube nicht, daß es uns an der Fähigkeit mangelt, unsere Gedanken klar zu formulieren oder sie zum Ausdruck zu bringen, ohne von der Furcht übermannt zu werden. Ich glaube, daß die Bevölkerung in Indien gegenwärtig weniger als andere in manchen Teilen der Welt unter drückender Furcht leidet, die gegenwärtig große Kontinente und Länder umfaßt.

Die von uns eingeschlagene Politik ist natürlich aus unserer vergangenen Geschichte, aus unserer bisherigen Tradition, unserer bisherigen Denkart und unseren Lebensbedingungen erwachsen. Diese Politik kann sowohl aus idealistischen Gründen als auch aus streng praktischen Erwägungen gerechtfertigt werden. Wir möchten nicht in diesen Kreis des Hasses, der Gewalt und der Furcht einbezogen werden, den der kalte Krieg beherrscht. Soweit wie möglich wünschen wir nicht, daß andere Länder, die außerhalb dieses Kreises stehen, in diesen einbezogen werden, denn wenn wir nach Frieden streben, wenn die Welt nach Frieden strebt, so dürfte sie diesen von ihr erwünschten Frieden sicherlich nicht bekommen, weil die Probleme so schrecklich kompliziert sind. Man sollte jedoch auf alle Fälle zwei Dinge tun: Einmal alles vermeiden, was die Spannungen heutzutage und die Furcht der heutigen Welt vergrößert und zum zweiten natürlich einen positiveren Versuch unternehmen, um diese Spannungen zu verkleinern. Wenn nun irgendeine Maßnahme ergriffen wird, die jene Befürchtungen wirklich vergrößert, dann ist das meiner Meinung nach ein schlechter Dienst für die Sache des Friedens. Daher müssen wir in dieser Welt richtig wirken. Wir müssen mit dem Mut unserer Überzeugung und ohne Furcht auftreten. Ein gleichzeitiges freundschaftliches Verhältnis zu allen Ländern bedeutet nicht, daß wir mit den Ansichten oder der Handlungsweise anderer Länder übereinstimmen. Wir haben unsere eigenen Ansichten. Es ist jedoch meine Überzeugung, und ich glaube, das Haus wird gleichfalls mit mir darin übereinstimmen, daß es niemals und besonders nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt hilft, nur seine Überzeugung zu äußern oder zum Ausdruck zu bringen, daß man ein anderes Land verurteilt, selbst wenn man der Ansicht ist, daß dies die richtige Auffassung ist. Denn dies erhöht lediglich die Spannungen, und wenn die Völker von so viel Verdruss und Vorurteil

getrieben werden, so sind ihre Gedanken nicht frei für vernünftige oder logische Argumente.

### Beziehungen zu den Nachbarn

Wir werden nun, soweit es Indien betrifft, versuchen, jede Verwicklung in ausländische Probleme zu vermeiden. Wir können natürlich nicht hoffen, dies völlig zu vermeiden, weil wir unsere Rolle in dieser Welt zu spielen haben, und kein Land kann isoliert bleiben, noch viel weniger Indien, ob es sich nun um seine Rolle im Rahmen der Vereinten Nationen oder auf anderem Gebiete handelt. Aber wir sind natürlich besonders an unseren Nachbarstaaten interessiert, weil wir logischerweise wünschen, so enge und so freundschaftliche Beziehungen wie möglich mit diesen Nachbarn zu unterhalten. Ich freue mich sagen zu können, daß dies leider mit einer Ausnahme der Fall ist. Mit Burma sind unsere Beziehungen von großer Herzlichkeit und Freundschaft. Gegenwärtig finden mit der burmanischen Regierung Besprechungen über bestimmte Fragen statt, und ich hege kaum Zweifel, daß sie in einem zufriedenstellenden Übereinkommen enden werden. In bezug auf Ceylon haben mehrere verehrte Abgeordnete zu dem kürzlich abgeschlossenen Abkommen zwischen Indien und Ceylon Stellung genommen und dieses teilweise kritisiert. Sie vertraten zum Teil die Ansicht, dieses Abkommen könnte unerwünschte Ergebnisse zeitigen.

Es ist eine Tatsache, wie ich kürzlich festgestellt habe, daß dieses Abkommen zwischen Indien und Ceylon über die auf Ceylon lebenden Inder keine Regelung des Gesamtproblems darstellt. Es ist lediglich ein erster Schritt auf diesem Wege. Es bestätigt tatsächlich die gegenwärtige Position, und zwar nur auf eine freundschaftliche, bessere und gemeinsame Art. Zur Lösung dieses Problems erscheint es vollkommen klar, daß die Zusammenarbeit und der gute Wille der beiden Regierungen und der beteiligten Völker notwendig ist. Wenn dieses Abkommen nun zu einer Atmosphäre des guten Willens und der gemeinsamen Bemühungen führt, so haben wir Großes erreicht. Haben wir damit irgendeinen lebenswichtigen Grundsatz aufgegeben? Ich glaube nicht. Ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen. Es stimmt, daß in gewissen Kreisen Ceylons dieses Abkommen in einer Weise interpretiert wurde, das seinen Rahmen erweitert hat. Wir sind aber augenscheinlich nicht an Interpretationen gebunden, denen wir nicht zustimmen und die nicht in diesem Abkommen enthalten sind. Die Hauptsache ist jedoch die, daß wir dieser Frage nach mehreren Jahren auf einem neuen und freundschaftlichen Wege näher gekommen sind, und ich hoffe, daß dies Ergebnisse zeitigen wird.

Das Haus weiß, daß seit einiger Zeit, seit einem Monat oder mehr, in Peking zwischen unseren Vertretern und den Vertretern der Volksregierung Chinas Besprechungen über bestimmte Tibet betreffende Angelegenheiten geführt werden. Diese Besprechungen sind noch im Gange. Sie verlaufen im ganzen gesehen zufriedenstellend, und ich hoffe, daß sie in nicht allzu langer Zeit ebenfalls zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen werden.

### Das Verhältnis zu Pakistan

Unsere Beziehungen zu diesen Nachbarstaaten sind nun sehr gut. Sie sind sehr gut zu den Ländern Westasiens und zu Ägypten. Es ist bedauerlich, daß einige Probleme mit Pakistan, das nicht nur unser engster Nachbar, sondern uns auch durch Geschichte, Kultur, Tradition und weitere Gemeinsamkeiten enger als jedes andere Land verbunden ist, ungelöst sind, was unsere Beziehungen beeinflusst.

Über das Kanalwasserproblem finden zwischen Vertretern der beiden Parteien immer noch Besprechungen in Washington statt. Ich glaube, daß ein beträchtlicher Fortschritt erzielt wurde, aber das ist alles, was ich sagen kann. Ich weiß nicht, wie das endgültige Ergebnis aussehen wird. Andere Fragen, wie das Eigentum der Evakuierten, stehen immer noch offen, und in vielen sind wir in unseren Erwartungen enttäuscht worden. Das Hauptproblem bleibt Kaschmir. Ich werde mich mit dieser Frage etwas später befassen. Ich werde ebenfalls noch auf bestimmte neue Entwicklungen in bezug auf Pakistan zurückkommen.

### Die innerpolitische Situation

Ich habe zu außenpolitischen Angelegenheiten Stellung genommen; die wichtigste Angelegenheit ist jedoch offensichtlich unsere Innenpolitik, der wirtschaftliche Fortschritt, den wir machen können oder zu machen

versuchen. Das ist der wesentliche Faktor. Sie können das nach Belieben am Stand der Produktion, am Kapitalverbrauch, am Rückgang der Arbeitslosigkeit beurteilen, alles miteinander zusammen. Die Zeit reicht nicht aus, auf diese Dinge voll und ganz einzugehen. Ich möchte jedoch betonen, daß unter dieser Vielzahl von Problemen, denen wir gegenüberstehen, die innenpolitischen die lebenswichtigsten für uns sind. Die Tatsache, daß ich mich in meiner gegenwärtigen Antwort nicht ausführlich mit ihnen befasse, soll nicht bedeuten, daß unsere Regierung ihnen weniger Bedeutung beimißt. Man kann sich mit ihnen nicht nur stückweise befassen. Ich für meinen Teil würde es begrüßen, wenn das Haus alle Aspekte dieser Probleme ausführlich erörtert, falls und wenn wir die Zeit dazu haben.

Aber ich möchte die verehrten Abgeordneten bitten, dieses Bild nach Möglichkeit objektiv zu beurteilen. Es mag das Recht und die Pflicht der Opposition sein zu kritisieren und zu verurteilen. Ich nehme das an, ich begrüße das. Wenn nicht Kritik, und zwar scharfe Kritik, geübt wird, so hat jede Regierung die Neigung, träge zu werden. Und daher besteht wirklich nicht der Wunsch, die Kritik der Opposition zu beschränken, wenn ich darum bitte, dieses Problem nach Möglichkeit objektiv zu betrachten. Es ist in einem so großen Land wie Indien in diesen schwierigen Zeiten sehr leicht, Kritik zu üben und Fehler zu finden. Diese Kritik mag gerechtfertigt und die aufgezeigten Fehler mögen vorhanden sein. Gleichzeitig jedoch kann man auch andere Faktoren feststellen, die bewunderns- oder lobenswert sind oder die abgelehnt werden müssen. Das Gute und das Schlechte ist vorhanden, und man kann aus der Fülle der Tatsachen etwas herausgreifen und wählen. In einem Land wie Indien kann man eine Liste beider Seiten aufstellen. Schließlich muß man die Ereignisse gegeneinander abwägen und sehen, ob wir eine bestimmte Richtung einschlagen oder nicht und ob es die richtige Richtung ist. Ich glaube, wenn mich die verehrten Abgeordneten auf einer Entdeckungsreise durch das heutige Indien begleiten könnten, so würden sie mir zweifellos viele Dinge zeigen können, die ich nicht weiß, aber ich könnte ihnen gleichfalls viele Dinge zeigen, die sie vielleicht nicht voll und ganz erfaßt haben, obwohl sie darüber in den Zeitungen lesen. Trotzdem ist es ein Unterschied, wenn wir die Dinge in Praxis vor uns sehen und uns ihrer mit allen Sinnen bewußt werden, anstatt nur darüber in der Zeitung zu lesen. Ich reise viel in Indien umher und sehe, was sowohl an großen und herrlichen Unternehmen im Gange ist, gegenwärtig Form annimmt und bald Ergebnisse zeitigen wird, als auch an vielen kleinen Dingen und was unser Volk an Arbeit leistet. Es handelt sich hier nicht um Bemühungen der Regierung. Es handelt sich um die Arbeit des Volkes, vielleicht mit einiger Regierungsunterstützung. Ich bin begeistert und ich freue mich, nicht — ich möchte das klar herausstellen — um die Regierung, der ich angehöre, zu loben, obwohl die Regierung meiner Meinung nach in vielen Angelegenheiten gut gearbeitet hat. Ich denke hier nicht an die Amtstätigkeit der Regierung, sondern an die Arbeit des indischen Volkes. Es erfüllt mich mit Stolz, die Millionen unserer Männer und Frauen auf dem Lande stetig dieses neue von uns erstrebte Indien schaffen zu sehen. Es muß, und darüber gibt es keinen Zweifel, nicht nur in den großen Städten, von denen sie in der Zeitung lesen, geschaffen werden, sondern auch in Zehntausenden von indischen Dörfern, und ich hoffe, daß aus den Zehntausenden in einem oder zwei Jahren Hunderttausende werden. Wenn Indien mit seiner Arbeit ständig Neues hervorbringt, dann wird ein neues Indien Form erhalten, und ich fühle, daß unsere alte Geschichte — sei sie 5000, 8000 oder 10 000 Jahre alt — als Zeuge darüber wacht, was in unserem alten, altertümlichen Lande geschieht, das ein neues Gewand angelegt hat. Daher möchte ich die verehrten Abgeordneten bitten, die Lage auf diese Weise zu betrachten, ohne ihre Kritik oder Mißbilligung in geringster Weise beschränken zu wollen — dies ist die richtige Art und Weise, wie eine Demokratie funktionieren soll, und ich würde das begrüßen. Doch halte ich es für bedauerlich, daß die verehrten Mitglieder der Opposition in ihrer Kritik der Regierung sehr oft auch das indische Volk kritisieren und sich nicht darüber im klaren sind, daß es letzten Endes die Lebensäußerungen des indischen Volkes sind.

Die verehrten Abgeordneten, die anscheinend mit dieser Feststellung nicht übereinstimmen, deuten damit an, wenn ich so sagen darf,

daß sie sich nicht mit der Bevölkerung Indiens im Einklang befinden. Ich möchte nicht sagen, daß die Maßnahmen der Regierung die besten sind. Darauf beziehe ich mich nicht. Es mag einen besseren Weg geben. Unsere Regierung mag einen besseren Weg einschlagen oder irgendeine andere Regierung mag einen besseren Weg finden, aber darüber hinaus dürfte das Maß an unterschiedlicher Auffassung beträchtlich sein. Grundsätzlich müßte die Arbeit, die in Indien geleistet worden ist, von jeder anderen Regierung auch getan werden. Es ist die Arbeit, die das indische Volk vollbringt. Dies ist ein wesentlicher Punkt, und ich werde darauf zu einem späteren Zeitpunkt in einem anderen Zusammenhang zurückkommen.

Es ist eine wesentliche Angelegenheit, daß wir mit der Bevölkerung Indiens im Einklang bleiben. Mein verehrter Freund *Dr. Jaisooriya* war so freundlich, einige anerkennende Worte für mich zu finden, über meine moderne Denkart und anderes mehr. Schön, ob ich modern bin und in welchem Umfang ich eine moderne Auffassung vertrete, ist eine Angelegenheit, die einmal erörtert werden kann, wenn mehr Zeit vorhanden ist. Aber einer Sache bin ich mir tief bewußt, das ist die große Reise, — nennen Sie es einen Pilgerzug — die wir angetreten haben in eine bessere Zukunft. Wir müssen mit 360 Millionen Mitmenschen gemeinsam gehen. Weder meine moderne Auffassung oder die konservative Auffassung von irgend jemand anderes, noch reaktionäre Tendenzen oder irgendwelche andere Auffassungen fallen ins Gewicht. Ich bin sehr für eine moderne Auffassung. Aber denken Sie daran, daß wir Seite an Seite mit Hunderten von Millionen unseres Volkes gehen, daß wir mit ihnen gehen und sie mit uns nehmen müssen, oder von ihnen mitgenommen werden — nehmen Sie es wie Sie wollen. Wir dürfen uns nicht selbst durch eine Haltung der Überlegenheit isolieren oder denken, daß wir über anderen stehen. Wir mögen intellektuell überlegen sein. Denn das ganze indische Volk unternimmt diese Reise, nicht Einzelpersonen oder verstreute kleine Gruppen, die sich selbst für überlegen halten mögen.

Daher müssen wir sie auf dieser Reise davon überzeugen, daß wie sie mitzuführen haben. Und wie? Wir haben uns hier für eine demokratische Methode entschieden. Abgesehen von dieser demokratischen Methode haben wir im Verlauf unseres Kampfes für die Freiheit eine friedliche Methode angenommen. Natürlich müssen demokratische und friedliche Methoden miteinander in Einklang stehen.

Ich habe den Eindruck, daß die verehrten Abgeordneten diese friedliche Methode nicht mögen. Wenn es bestimmte Grundauffassungen innerhalb dieser Konzeption einer friedlichen demokratischen Methode gibt, so kann meiner Meinung nach viel erreicht werden. Wenn wir aber uns außerhalb dieser Konzeption bewegen, so glaube ich, daß voraussichtlich nicht viel erreicht werden kann. Ich will jetzt keine wirtschaftlichen Theorien erörtern, wie immer sie auch sein mögen, und keine Probleme der großen Welt aufzeigen. Ich hoffe, ich kenne mein Indien ein wenig, und ich kann und will nicht wagen, irgendeinem anderen Land nahezulegen, was es innerpolitisch oder außenpolitisch tun sollte. Wenn ich aber das vor uns liegende Bild Indiens betrachte, so zweifle ich nicht, daß jede nicht friedliche Methode wahrscheinlich zu furchtbaren Ergebnissen führen werde. Wenn Sie die Einheit Indiens zerstören, so werden alle unsere Bemühungen für den Fortschritt logischerweise umsonst sein. Ich möchte diese beiden Dinge getrennt halten. Ich möchte an die verehrten Mitglieder der Opposition den Appell für größtmögliche Zusammenarbeit an diesen großen Aufgaben richten, wobei Sie Ihre Politik und Ihre Ansichten völlig getrennt halten sollten. Ich möchte Ihnen nicht zu nahe treten oder Ihnen Ihre Meinungsfreiheit oder das Recht nehmen, uns zu kritisieren und zu verurteilen. Versuchen Sie trotzdem, diese beiden Dinge auseinander zu halten. Wenn Fehler gemacht werden oder die Regierung nicht ihren hohen Ansprüchen oder irgendwelchen Ansprüchen genügt, dann kritisieren Sie auf jeden Fall mit allen Mitteln. Eine Regierung aber, die gegenwärtig das indische Volk vertritt, — wie gering oder wie unwichtig die Mitglieder der Regierung auch immer sein mögen und wie oft sie auch versagt haben mögen —, hat Teil an der Größe des indischen Volkes, gerade weil sie das indische Volk vertritt. Und so möchte ich die verehrten Abgeordneten bitten, dieses gewaltige Abenteuer Indien zu betrachten.



Es ist ein Abenteuer und gleichzeitig — ich spreche nicht nur von Indien, sondern auch von anderen Ländern — ist ein Kampf — oder wie Sie es auch nennen mögen — in Asien und überall entweder gegen einen möglichen Krieg oder gegen wirtschaftliche Schwierigkeiten. Wir müssen diesen großen Kampf ausfechten, und wir werden siegen. Denn warum sollten wir nicht eine gemeinsame Ebene für diesen Kampf an allen Fronten in unserer demokratischen und friedlichen Methode finden, ohne deshalb auf Kritik und verschiedene politische Auffassungen zu verzichten? Ich möchte damit nicht sagen, daß irgend jemand oder irgendeine Gruppe ihren Standpunkt aufgeben sollte. Es ist notwendig, daß alle Ansichten — selbst diejenigen, mit denen ich überhaupt nicht übereinstimme — voll zum Ausdruck gebracht werden.

#### Militärhilfe für Pakistan

Einige verehrte Abgeordnete sprachen, glaube ich, im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Militärhilfe der Regierung der Vereinigten Staaten für Pakistan über die daraus möglicherweise entstehenden Konsequenzen. Sie fragten in diesem Zusammenhang, warum unsere Regierung oder ich sie nicht ins Vertrauen ziehe, damit wir als eine Einheit auftreten könnten. Natürlich wünsche ich, daß wir in allen ernstesten Angelegenheiten der Nation oder auch in dieser oder jener Frage so weitestgehend als möglich als Einheit auftreten. Und ich für meinen Teil werde mich glücklich schätzen, jeden Abgeordneten dieses Hauses oder jede Gruppe bei solchen Anlässen zu unterrichten. Es ist jedoch klar, daß eine geeinte Politik auf einer gemeinsamen Basis stehen muß. Wenn es grundsätzliche Unterschiede gibt, so ist es schwierig, ein Gebäude der Einheit aufzurichten und eine geeinte Politik zu verfolgen. Wenn mehrere verehrte Mitglieder in diesem Hause sagen, unsere Außenpolitik werde völlig falsch aufgefaßt und sei falsch gelenkt worden, und wir sie aufgeben und irgendetwas anderes tun sollten, so besteht hier offensichtlich keine einheitliche Auffassung von diesem Problem, weil diese Politik nicht nur auf taktischen Maßnahmen aufgebaut ist, sondern auf unserem Werden, unseren Lebensäußerungen und unserer Denkweise sowie auf einer Anzahl weiterer Erwägungen basiert. Und sie hat meiner Beurteilung nach gute Resultate gezeitigt — die verehrten Abgeordneten mögen das bezweifeln —. Aber wir müssen zu einer einheitlichen Auffassung kommen.

Als ich kritisierte und die Ansicht vertrat, daß es eine bedauerliche Maßnahme der Vereinigten Staaten von Amerika ist, Pakistan militärische Unterstützung zu gewähren, stand ein verehrter Abgeordneter auf und fragte, warum nehmen wir nicht gleichfalls militärische Hilfe von den Vereinigten Staaten an? Das beweist entweder, daß es unser Fehler war, unsere Politik nicht mit der Genauigkeit zu erklären, so daß er sie verstehen konnte, oder daß er der Ansicht ist, ich vertrete eine völlig falsche Auffassung. Denn, wenn ich der Ansicht bin, daß es falsch ist, Pakistan militärisch zu unterstützen, völlig abgesehen vom indischen Problem, vom Standpunkt Asiens und von einer Anzahl weiterer Gesichtspunkte, und wir lassen uns trotzdem auf diese falsche Politik ein, so werden wir dem Untergang geweiht sein, und danach bleibt uns keine Rechtfertigung irgendwelcher Politik mehr übrig. Daher müssen wir hier klar sehen. Oder einige andere würden vorschlagen: Weil die Vereinigten Staaten von Amerika dies getan haben, wollen wir zur Sowjetunion gehen und sie um ihre militärische Unterstützung bitten. Die ganze Angelegenheit verrät eine entgegengesetzte Denkweise. Ich bin der Auffassung, daß man sich beiden Projekten widersetzen muß. Wie ich sagte, richten sie sich völlig gegen die Grundpolitik, die wir verfolgt haben. Und wenn wir die Hilfe irgendeines Landes annehmen — ich möchte nicht auf die Verdienste desselben eingehen — dann endet hier unsere gesamte Politik, und wir haben von neuem zu überlegen, wie wir uns nunmehr verhalten sollen. Daher bin ich der Ansicht, daß eine einheitliche Auffassung vorhanden sein muß.

#### Symbol des Staates

Abgesehen von diesen Fragen gibt es bestimmte grundsätzliche Angelegenheiten, die man meiner Ansicht nach im Auge behalten muß. Wenn wir unsere friedfertige und demokratische Politik fortsetzen

wollen, so besteht auf Grund unserer Verfassung die Autorität des Parlamentes und wir haben einen Präsidenten, der das Symbol des Staates über alle Parteien und über allem anderen ist. Er kann natürlich als Präsident in seiner Rede das darlegen, was die Regierung zu tun wünscht. Das ist eine andere Frage. Aber er ist ein Symbol des Staates. Wir haben unsere Nationalflagge und unsere Nationalhymne. Ich erwähne völlig klare Dinge. Aber ich erwähne sie nicht mit dem Ausdruck der Klage, sondern dem Ausdruck der Sorge. Es erfüllte mich mit tiefer Trauer, daß einige verehrte Mitglieder zu Beginn dieser Sitzung vorsätzlich und ostentativ fernblieben, als der Präsident seine Rede an beide Häuser des Parlamentes richtete. Ich möchte nicht der Sache auf den Grund gehen, aber der Präsident stellt ein Symbol des Staates dar, und er verkörpert seine Würde. Es handelt sich nicht nur um diesen Vorfall, sondern auch in einigen der Parlamente der Einzelstaaten geschah mit den dortigen Gouverneuren, die gleichfalls ein Symbol des Staates verkörpern, das gleiche. Es ist völlig unwichtig, ob sie den Gouverneuren mögen, ob er schön anzusehen ist oder nicht attraktiv. Die Gouverneure sind Symbole des Staates und der Einheit des Staates. Wenn wir dieses Symbol nicht respektieren, verletzen wir die Konzeption der Einheit des Staates. Wenn eine Partei so handelt und dann eine andere, so kann diese Auffassung für die eine oder die andere Gruppe zur Gewohnheit werden, wenn sie irgendetwas nicht mag. Ich appelliere daher nicht nur an die verehrten Mitglieder des Hauses, sondern an alle, daß die herkömmlichen Gebräuche beachtet werden sollen. Warum bediene ich mich der konventionellen Art — die wir von anderen Parlamenten, besonders vom britischen Parlament übernommen haben — wenn ich von „den verehrten Mitgliedern der Opposition“ oder „dem erfahrenen Abgeordneten“ spreche oder „mein erfahrener Kollege“ sage? Dies sind herkömmliche Gebräuche. Wenn ich von dem „erfahrenen Abgeordneten“ spreche, so bedeutet dies nicht unbedingt, daß er sehr erfahren ist. Aber diese Gebräuche sollen, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, das zivilisierte Benehmen fördern. Denn wenn ich diese Ausdrücke anwende, so erheben sie uns. Sie führen zu einer bestimmten Haltung, die würdig ist. Wir stellen das Parlament von Indien dar und uns wird eine hohe Würde beigemessen. Es ist richtig, daß wir für andere ein Beispiel sein sollten.

Ich möchte nicht viel über die wirtschaftlichen Verhältnisse sagen außer in meinem Namen und im Namen der Regierung, daß wir den wirtschaftlichen Fragen völlig aufgeschlossen ohne Dogmen und ohne festgelegte Gedanken entgegentreten. Wir sind bereit, alles mit jedem zu besprechen — unseren Fünf-Jahresplan oder unseren zweiten Fünf-Jahresplan — und wir sind bereit, alles zu ändern, außer der Angelegenheiten, von denen wir überzeugt sind. Es handelt sich hierbei nämlich um ein schwieriges Problem, und ich hoffe, das Haus wird mit mir darin übereinstimmen, daß es kein einfaches Heilmittel für uns gibt. Es ist gleichgültig, welche Politik wir verfolgen, solange wir hart arbeiten und eine Einheit sind. Es kann natürlich möglich sein, daß andere Maßnahmen als die unstrigen zu besseren Ergebnissen führen. Wir wollen das prüfen. Wir sind bereit, alles zu prüfen.

#### Das Verwaltungswesen

Einer der verehrten Abgeordneten sprach über unser Verwaltungswesen und zitierte mich des längeren und breiteren. Also wir überprüfen gegenwärtig unser Verwaltungswesen, und ich hoffe, daß wir es dadurch verbessern können. Ich möchte jedoch, da die Verwaltung kritisiert worden ist, darauf hinweisen, daß es leicht ist zu kritisieren und auf diesen oder jener Fehler hinzuweisen. Trotzdem glaube ich, daß unser Verwaltungswesen sich den gegenwärtigen Verhältnissen mit beachtlichem Erfolg anpaßt und daß, im ganzen gesehen, unsere Verwaltung, und zwar nicht nur die Apparatur, sondern auch das Verwaltungspersonal, genau so gut wie in jedem anderen Lande ist. Natürlich spreche ich nicht für alle, denn wenn es sich um Zehntausende handelt, kann ich nicht für alle sprechen. Es gibt ausgezeichnete, gute und mäßige Verwaltungsbeamte. Dies ist jedoch überall so, und ich glaube, daß ich in dieser Hinsicht die Lage in anderen Ländern genau so überschaue wie unsere eigene. Wir haben jedoch auf alle Fälle unsere Verwaltung zu verbessern und sie den jeweiligen Verhältnissen anzupassen. Ich

stimme mit dem verehrten Abgeordneten vollkommen überein, der über unsere alten Regeln und Vorschriften, über die verschiedenen Zweige und die Art und Weise sprach, wie unsere Verwaltung funktionieren sollte. Ich stimme vollkommen damit überein, daß dies alles erneuert werden sollte. Wir sind gerade mit entsprechenden Maßnahmen beschäftigt, und ich hoffe, daß diese in absehbarer Zeit abgeschlossen werden können. Es handelt sich um eine komplizierte Struktur, die nicht so leicht zu ändern ist, da jede Änderung wieder eine neue hervorruft. Ich gebe auf jeden Fall vor dem Hause zu, daß an der Verwaltung gegenwärtig unzählbare Kritik geübt werden kann. Ich kritisiere meine eigene Regierung und mache dies schon zu oft. Aber ich sehe nicht ein, warum ich dies nicht tun sollte. Natürlich besteht jedoch ein Unterschied zwischen meiner Kritik und anderen Kritiken. Ich kritisiere auf eine freundschaftliche Art, weil es sich um eine Angelegenheit zwischen Kollegen handelt, während die Kritik häufig in sehr häßlicher Weise zum Ausdruck gebracht wird. Aber wir wollen verbessern. Wir wollen jedem dabei helfen. Indien zu regieren ist zu jeder Zeit eine schwere Aufgabe, besonders nach diesen schwerwiegenden Veränderungen und noch mehr im Zusammenhang mit der heutigen Welt. Trotz aller Fehler haben wir, glaube ich, in aller Bescheidenheit eine ziemlich gute Arbeit geleistet. Natürlich ist es möglich, daß sie jemand anders besser bewältigt hätte. Wir wollen jedoch alle diese wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Probleme mit dem Ziel erörtern, bessere Wege zu finden und bessere Wege einzuschlagen.

#### Ein falscher Schritt

Nun möchte ich zu der vorgeschlagenen amerikanischen Hilfe für Pakistan Stellung nehmen. Dieses Haus weiß, daß zwischen der Türkei und Pakistan ein Pakt abgeschlossen wurde und daß wahrscheinlich auch ein Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Pakistan über militärische Hilfe folgen wird. Ich sprach im vergangenen Dezember vor der Vertagung dieses Hauses über dieses Problem und verließ meiner Besorgnis hierüber Ausdruck. Diese Besorgnis entsprang weniger irgendeiner Antipathie gegenüber Pakistan — sie hatte überhaupt nichts damit zu tun — und sicherlich nicht irgendeiner Antipathie gegenüber Amerika. Ich war jedoch seinerzeit und bin seitdem fest davon überzeugt, daß dieser Schritt falsch ist und die Spannungen und Befürchtungen der Welt vergrößert. Nur wenn ein Schritt Frieden und Sicherheit fördert, ist er gerechtfertigt. Ich bin ohne Zweifel bereit, anzunehmen, daß mehrere der Männer, die diesen Schritt unternommen haben, die gleiche Ansicht haben. Ich bin mir jedoch völlig im klaren — ich brauche diesen Punkt nicht weiter auszuführen, denn er ist offensichtlich — daß der Schritt keinen Beitrag zur Sicherheit der Welt oder Asiens leistet, sondern die Spannungen und das Gefühl der Unsicherheit in Asien vergrößert und damit auch die Befürchtungen und Besorgnisse in Asien und überall. Vom Standpunkt des Friedens oder der Aufhebung des Spannungen aus gesehen handelt es sich daher um einen falschen Schritt. Es mag sein, daß er vom militärischen Standpunkt — ich bin allerdings kein Soldat — gerechtfertigt sein mag. Ich kann das nicht beurteilen. Ich gebe jedoch zu, daß Soldaten sehr ehrenwerte Menschen und daß sie in der heutigen Welt auf jeden Fall notwendig sind. Aber wenn es dahin kommt, daß die Weltangelegenheiten durch die Augen und Ohren der Soldaten beurteilt werden, so ist das sehr gefährlich. Der Begriff der Sicherheit ist für den Soldaten ein anderer als für den Politiker oder Staatsmann. Diese Ansichten müssen koordiniert werden. Wenn ein Krieg ausbricht, so ist der Soldat überlegen, und seine Ansicht herrscht fast — nicht ganz — vor. Wenn es jedoch so weit kommt, daß die Ansicht des Soldaten in Friedenszeiten vorherrschend ist, so bedeutet es, daß der Frieden möglicherweise in einen Krieg verwandelt werden könnte.

Wie finden wir den Ausgleich? Hier herrscht irgendwie dieser böse Zauber über der Welt, der uns daran hindert, die richtige Richtung einzuschlagen. Wir haben hier die Welt mit all ihrer Stärke und Macht, um wirtschaftliche Probleme, Armut und alle diese Probleme zu lösen. Zum ersten Mal in der Geschichte hat sie die Stärke und Macht hierfür erhalten. Aber anstatt dies zu tun und eine bessere Zukunft für die gesamte Menschheit zu schaffen, haben wir Angst und Spannungen und

Vorbereitungen auf Krieg und möglicherweise überhaupt einen Krieg. Dies ist ein außergewöhnlicher Zustand.

Wie können wir diese Spannungen mindern? Auf keinen Fall indem wir in militärischen Bahnen denken. Ich stimme darin überein, daß kein Land sich selbst schwächen und sich einem anderen Land als Ziel darbieten soll, das aus dieser Schwäche einen Nutzen zieht. Wenn man dies als gegeben ansieht und sich für den Frieden einsetzen will, so kann man dies trotzdem nicht tun, indem man ständig von Krieg redet, Drohungen ausspricht und sich fortwährend auf einen Krieg in einer sehr vernehmbaren und aggressiven Art vorbereitet, gleichgültig um welches Land es sich handelt.

#### Eine Umkehr der Geschichte

Ich habe vorhin festgestellt, daß der Premierminister von Pakistan genau so ernsthaft wie ich gute Beziehungen zwischen Indien und Pakistan wünscht, was ich glaube und wovon ich überzeugt bin. Ich habe über seine Motive in dieser Angelegenheit genau so wenig Zweifel wie ich hoffe, daß er sie über meine hat. Es handelt sich nicht um eine Frage der Motive. Wenn eine Maßnahme zwangsläufig böse Ergebnisse zeitigt, so können sie nicht durch die besten Motive der Welt verhindert werden. Mr. Mohammed Ali hat zu dieser Frage verschiedene Erklärungen abgegeben. Er hat zunächst gefragt ‚warum sollte Indien Einwände haben?‘ Natürlich ist Pakistan ein freies Land. Ich kann es an nichts hindern. Aber wenn irgendeine Angelegenheit Asien und besonders Indien betrifft, sollen wir dann schweigen, wenn unserer Ansicht nach eine Umkehrung der Geschichte nach Hunderten von Jahren eintritt? Wir dachten an die Freiheit unseres Landes, und eines der Anzeichen der Freiheit ist der Abzug ausländischer Streitkräfte. Natürlich kann es möglicherweise auch dann noch irgendwo an Freiheiten fehlen, auf jeden Fall ist jedoch der Abzug der Streitkräfte ein äußeres Anzeichen. Und abgesehen von dem Motiv, so bin ich der Meinung, daß die Rückkehr von irgendwelchen Streitkräften aus einem europäischen oder amerikanischen Land eine Umkehrung der Geschichte der asiatischen Länder darstellt. Vor zwei oder drei Jahren wurde im Zusammenhang mit Kaschmir der Vorschlag gemacht — und ich glaube es ist gerade auch gestern von irgendjemand vorgeschlagen worden — daß irgendein anderes Land, ein europäisches oder amerikanisches Land, Streitkräfte nach Kaschmir schicken sollte. Wir lehnen dies vollkommen ab, weil wir auf keinen Fall — welcher Anlaß es auch immer sein mag — irgendwelchen ausländischen Streitkräften erlauben werden, in Indien zu landen.

Das ist nun unsere Ansicht, und zwar stellt sie etwas mehr dar als die Ansicht Indiens. Es ist eine Ansicht, die, wenn ich so sagen darf, den gesamten oder einen großen Teil dieses asiatischen Kontinents angeht, und daher beobachten wir mit Sorge — wir beobachten dies mit dem gleichen Bedauern, wie jemand etwas ansieht, was noch nicht eindeutig klar ist, jedoch in eine falsche Richtung führt — diese Angelegenheit der militärischen Hilfe der Vereinigten Staaten für Pakistan. Ich bin sicher, daß die Regierung der Vereinigten Staaten dies nicht in Erwägung gezogen hat, weil sie natürlich in ihrer eigenen Sphäre denkt, und das ist die Schwierigkeit. Ich wage nicht und ich bin nicht dazu bereit, meine Ansicht, außer in der philosophischsten Art und Weise, über die Probleme, entfernte Probleme, Europas zum Ausdruck zu bringen. Ich fühle mich nicht einmal berechtigt, Ansichten über mein eigenes Land zum Ausdruck zu bringen und noch weniger über unsere Nachbarn und noch viel weniger über asiatische Länder — denn Indien hat nicht die geringste Neigung, seine Ansichten oder seine Wünsche irgendeinem anderen Land aufzudrängen. Ich habe das abgelehnt. Wir streben keine Führerschaft an. Wir wollen keine Führerschaft über irgendein anderes Land, weil wir in den vergangenen 200 Jahren der Geschichte Ähnliches durchgemacht haben, und weil wir ähnliche Erfahrungen gemacht hatten. Daher können wir uns gegenseitig etwas besser verstehen. Wenn ich daher darüber spreche, so dürfte ich mich in gewissem Umfang mit einigen unserer Nachbarn in Einklang befinden. Wenn der Premierminister von Burma spricht oder irgendein Oberhaupt eines anderen Landes in Asien, so wird er wahrscheinlich mit meiner Denkweise übereinstimmen — womit ich nicht

sagen will, daß ich der Führer Burmas, oder der Premierminister Burmas der Führer Indiens sei — weil wir diese gemeinsame Basis, diese gemeinsamen Erfahrungen haben. Daher können wir in gewissem Maße in der gleichen Weise denken, weil wir gemeinsame Probleme haben.

Das Problem Asien muß nun gelöst werden, und die Großmächte und andere sollten, weil sie Großmächte sind, ein Interesse an der Lösung haben. Wenn die Großmächte jedoch der Ansicht sind, daß die Probleme Asiens gewissermaßen ohne Asien oder ohne die Ansicht der asiatischen Staaten gelöst werden könnten, dann erscheint das ziemlich sonderbar.

#### Kaschmir

Nun möchte ich auf Kaschmir zu sprechen kommen. Ich werde mich sehr kurz fassen. Das Haus weiß zunächst einmal, daß die verfassunggebende Versammlung von Kaschmir gerade bestimmte Resolutionen oder bestimmte Teile ihrer Verfassung, die sie gegenwärtig berät, verabschiedet hat. Dies ist ein Verfahren, das vor zwei oder drei Jahren begann. Es wurde zwischendurch unterbrochen, aber dann wieder aufgenommen. Wir stellten klar, daß es richtig ist und der Bevölkerung Kaschmirs vollkommen freisteht, ihre Verfassung aufzustellen — sie schwebten tatsächlich in der Luft — aber daß wir unsere, d. h. Indiens internationale Verpflichtungen bis zu einer Wendung der Dinge selbstverständlich einhalten werden. Aber der Beschluß der verfassunggebenden Versammlung ist eine wichtige Tatsache, da sie die Wünsche der gewählten Vertreter in Kaschmir verkörpert. Doch darf dies nicht unsere internationalen Verpflichtungen in bezug auf die Volksabstimmung und auf die anderen Vereinbarungen stören. Dies war die Ausgangsposition und sie bleibt so. Die Bitte des pakistanischen Außenministers, die Entscheidung der verfassunggebenden Versammlung abzulehnen, ist offen gesprochen, wenn ich mit allem Respekt diesen Ausdruck gebrauchen darf, vollkommen absurd. Ich werde auf keinen Fall das ablehnen, was die verfassunggebende Versammlung als ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht hat, aber, wie gesagt, bleiben unsere internationalen Verpflichtungen bestehen und wir werden sie in geregelter Weise und stets unter Konsultierung der Regierung Kaschmirs erfüllen.

#### MOHAMMED ALI

## Bündnis mit der Türkei

#### Meine lieben Landsleute!

Der Februar war ein denkwürdiger Monat. Zwei sehr wichtige Ereignisse fielen in diesen Monat, die von größter Bedeutung für die zukünftige Entwicklung, für das Gedeihen und das Wohl Pakistans sind.

Zwischen den Regierungen der Türkei und Pakistans ist ein Übereinkommen getroffen worden mit dem Ziele, zu einer engeren freundschaftlichen Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete zu gelangen und Frieden und Sicherheit in ihrem eigenen Interesse und auch in dem aller friedliebenden Völker zu stärken. Obgleich dies nur ein erster Schritt ist auf dem Wege, die beiden Länder einander näher zu bringen, so ist es doch ein Markstein in der gegenwärtigen moslemischen Geschichte. Es stellt, wie ich schon bei Ankündigung des Übereinkommens sagte, die erste größere konkrete Maßnahme zur Stärkung der moslemischen Welt dar.

Der zweite größere Schritt in der Richtung auf das gleiche Ziel ist auch schon gemacht worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat uns militärische Hilfe versprochen. Für uns ist dies ein Ereignis von sehr

#### Der veränderte Zusammenhang

Es ist nun sicher, daß ich gesagt und auch dem Premierminister Pakistans unterbreitet habe, daß die Hilfe der Vereinigten Staaten irgendwie den Zusammenhang der Ereignisse geändert hat. Ich weiß noch nicht, wie diese Hilfe aussehen, welchen Umfang sie haben oder in welcher Form sie schließlich geleistet werden wird. Wenn ich mit aller Hochachtung für diese Angelegenheit unsere Ansicht zum Ausdruck gebracht habe, so geschah dies im Hinblick auf die gesamte Frage, nicht, wenn ich so sagen darf, in bezug auf den quantitativen Gesichtspunkt, sondern auf den qualitativen. Die Sache an sich ist schlecht. Ob die Hilfe quantitativ begrenzt ist, störte mich nicht. Eine so schlechte Sache stellt, wie ich sagte, eine Umkehrung der Geschichte dar. Dies ist die qualitative Seite, doch die quantitative ist gleichfalls wichtig, sie sind beide wichtig. Nun machte Mohammed Ali kürzlich eine Bemerkung, die mich ziemlich überraschte, nämlich, wenn wir diese militärische Hilfe von den USA erhalten, so wird dies eine Lösung des Kaschmir-Problems erleichtern.

Das ist eine Bemerkung, die sonderbar ist. Es kann damit nur eine von zwei Möglichkeiten gemeint sein. Es kann entweder bedeuten, daß mit dieser Militärhilfe der militärische Weg die Lösung erleichtert, oder es bedeutet, daß mit dieser Hilfe ein bestimmter Druck ausgeübt werden kann, um das Problem zu lösen. Es kann nichts anderes bedeuten. Diese beiden Möglichkeiten haben wir nun sorgfältig in Erwägung zu ziehen.

Die verehrten Abgeordneten sagen oft, wir sollten das Problem den Vereinten Nationen entziehen oder dies oder jenes unternehmen. Wir können aber nicht gut etwas unternehmen, was unseren Versicherungen und unseren Verpflichtungen widerspricht. Indien hat ein bestimmtes Ansehen in der Welt. Es hat keinen Zweck, jetzt das zu erörtern, was in fünf oder sechs Jahren richtig oder falsch sein wird. Wir müssen die Lage so erörtern, wie sie sich uns heute darstellt. Wie ich schon erwähnte, werden wir unsere Verpflichtung einhalten und uns nach bestem Vermögen an sie halten, um die Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen.

großer Bedeutung. Es wird nicht nur die Sicherheit unseres Landes gegen eine Aggression gewährleisten, sondern wird Pakistan auch in die Lage versetzen, seine Rolle in der Förderung der Sicherheit und des Wohls dieses Gebietes im Interesse des Weltfriedens zu spielen. Mit diesem Gebiet sind wir auf das engste durch religiöse, kulturelle und historische Bande verknüpft. Das Angebot der Regierung der Vereinigten Staaten, Pakistan eine militärische Hilfe zukommen zu lassen, ist daher ein historisches Ereignis von besonderer Bedeutung für die ganze moslemische Welt.

#### Auf der Schwelle einer neuen Ära.

Eine künftige Geschichtsschreibung dürfte diesen Monat wohl als einen großen Wendepunkt in der geschichtlichen Entwicklung Pakistans bezeichnen. In der Tat befindet sich unser Pakistan heute auf der Schwelle einer neuen Ära, die größere Sicherheit, schnellere Entwicklung und zunehmende Prosperität verspricht.

Lassen Sie unsere Gedanken zurückgehen nicht zu den schwierigen Tagen, die unmittelbar der Bildung des pakistanischen Staates folgten, als er noch um seinen Platz im internationalen Felde kämpfte, sondern

zu einer so kurz zurückliegenden Periode seiner Geschichte wie die dunklen Tage in den letzten Monaten des Jahres 1952 und die ersten Monate des vergangenen Jahres. Es ist gut, uns selbst manchmal an unsere Tage der Not zu erinnern, damit wir um so mehr Gottes große Güte schätzen, die uns jetzt eine so glücklich veränderte Lage unseres Landes bescherte.

In jenen kummervollen und schicksalreichen Monaten befand sich das Land am Rande des Elends. Es herrschte große Not an Nahrungsmitteln. In vielen Teilen des Landes herrschte fast eine Hungersnot, verbunden mit der entsetzlichen Aussicht, ja sogar mit der Gewißheit, daß ausge dehnte Hungersnöte und Elend in ganz West-Pakistan herrschen würden, wenn nicht schnell etwas unternommen würde, um dies zu verhindern.

Unser Volk in West-Pakistan wurde von konfessionellen Streitigkeiten zerrissen. Enttäuschung, Unzufriedenheit und konfessionelle Uneinigkeit waren weitverbreitet und führten schließlich im Punjab zu einem Zusammenbruch der Verwaltung und einem Zustand weitgehender Gesetzlosigkeit. Die ernste wirtschaftliche Situation, die sich entwickelte, verdankte ihren Ursprung in erster Linie einem weltweiten Preisrückgang der Rohstoffe, die Pakistan erzeugt, aber nicht weniger auch der fehlerhaften Wirtschaftspolitik der Regierung. Das Ergebnis war ein katastrophaler Rückgang in den Einnahmen des Landes. Die Regierungsausgaben mußten weitgehend und drastisch beschnitten werden. Selbst die Staatsausgaben für die Verteidigung mußten unter Gefährdung der Sicherheit gekürzt werden. Außerhalb des Commonwealth hatten wir selbst unter den moslemischen Ländern keinen ständigen Bundesgenossen.

#### Vollständige Wandlung.

Heute hat sich die Lage dank Gottes unendlicher Güte vollständig gewandelt. Die Ernährungslage haben wir jetzt ganz in der Hand. Dank der großzügigen Hilfe, die uns die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien schnell gewährten, und dank des Erfolges der Anbauförderung von Nahrungsmitteln unserer Regierung sind heute Nahrungsmittel im Überfluß im ganzen Lande verfügbar.

Tatsächlich gibt es in unserem Lande jetzt einen beträchtlichen Überschuß an Nahrungsmitteln, und wir sind jetzt in der Lage, sehr ansehnliche Mengen Reis ins Ausland zu exportieren. Damit jedoch das Land sich nie wieder der Nahrungsmittelknappheit und den Entbehrungen der Jahre 1952—1953 gegenübersehen, werden unsere Nahrungsmittel-Produktionspläne tatkräftig weiter verfolgt und eure Regierung hat beschlossen, Nahrungsmittelreserven von 500 000 Tonnen Weizen ständig zur Verfügung zu halten.

Dann kam es zu einer Lösung in der konstitutionellen Frage, die sich seit vier Jahren auf einem toten Punkt befand. Dadurch war jeder wirkliche Fortschritt in der Bildung unserer Staatsverfassung verhindert worden. Das Ergebnis waren Enttäuschung und Erbitterung im Lande. Zur allgemeinen Erleichterung des ganzen Landes wurde der tote Punkt überwunden. Es war, als ob ein Nebel sich vom Lande hob. Die Verfassung wurde noch einmal ausgearbeitet, und jetzt ist sie wenigstens in den Grundzügen abgerundet. Was noch zu tun übrig bleibt, wird, hoffe ich, innerhalb dieses Jahres vollendet werden.

#### Aufhebung der Kontrolle.

Selbst die allgemeine wirtschaftliche Lage hat sich, obgleich sie noch etwas schwierig ist, weitgehend gebessert und bessert sich noch ständig. Im Jahre 1952—1953 waren unsere Reserven an Devisen auf das Minimum gesunken. Der Import an notwendigen Gütern mußte drastisch gekürzt werden. Unsere Devisenlage hat sich jetzt gebessert. Unsere Reserven sind größer, und wir führen jetzt mehr und mehr Güter ein, nach denen unser Volk verlangt. Als Folge sind die Preise im Fallen begriffen. Wir hoffen, einige Artikel demnächst freigeben zu können, wenn wir glauben, sie im Überfluß zu besitzen.

Die weitverbreitete Enttäuschung, Unzufriedenheit und Gesetzlosigkeit, die das Kennzeichen jener kritischen Tage waren, sind verschwunden. Konfessions- und Parteistreitigkeiten und Aufruhr haben sich fast gelegt und gehören der Vergangenheit an. Heute sind sie nichts weiter als eine unglückliche und unerfreuliche Erinnerung, die unser Volk, das mit Recht auf seinen Glauben und seine Einheit stolz ist, einstmals zu selbstmörderischen internen Streitigkeiten und Verwirrungen verleitete.

#### Engere Zusammenarbeit mit der Türkei.

Die Entwicklung der letzten Monate hat den allgemeinen Fortschritt auf allen Gebieten des Landes schließlich auch auf höherer Ebene zum Blühen gebracht.

Die Türkei und Pakistan haben sich die Hände in herzlicher Freundschaft gereicht und beschlossen, nicht nur ihr eigenes politisches und wirtschaftliches Wohl sondern auch den Frieden und die Sicherheit in einem Gebiet zu fördern, das von lebenswichtiger Bedeutung für die moslemische Welt und für alle friedliebenden Nationen ist. Die beiden Regierungen sind übereingekommen, sich um eine engere freundschaftliche Zusammenarbeit zu diesem Zwecke zu bemühen. Untersuchungen entsprechender Möglichkeiten sind schon im Gange.

Ein Freundschaftsvertrag zwischen Pakistan und der Türkei besteht schon. Er sieht einen dauernden Frieden und freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern vor und die beiderseitigen Bemühungen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern aufrecht zu erhalten und zu fördern. Das gegenwärtige Übereinkommen hat den Zweck, nach Möglichkeiten zu suchen, um eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu bewirken. Ich habe die Hoffnung, daß als Ergebnis dieser Bemühungen ein Übereinkommen über den wirkungsvollsten Weg zur Sicherung dieser Zusammenarbeit sowohl in unserem gemeinsamen Interesse als auch im Interesse von Frieden und Fortschritt in diesem Gebiet entstehen wird.

#### Konsolidierung Pakistans.

Die Entscheidung der Regierung der Vereinigten Staaten, Pakistan eine militärische Hilfe zu gewähren, stellt einen außerordentlich wichtigen Schritt zur Konsolidierung Pakistans dar. Ich wage zu behaupten, daß es vielleicht der folgenreichste Schritt ist, der je gemacht wurde, um die Sicherheit und den Fortschritt unseres Landes zu sichern, seit Pakistan ins Leben gerufen wurde. Bis dahin bemühte sich Pakistan aufs Äußerste, seine Verteidigung aus eigener Kraft ohne Hilfe aufzubauen. Außerordentlich viel wurde in der Stärkung der bewaffneten Kräfte des Landes schon erreicht. Dies erforderte eine sehr hohe Anspannung der Wirtschaft des Landes. Noch bleibt viel zu tun übrig. Wenn wir die Verteidigung unseres Landes auch den Bedingungen der modernen Kriegsführung anpassen wollen, müßten wir eine schwere und ständig wachsende finanzielle Last in Kauf nehmen. Die Militärhilfe der Vereinigten Staaten wird es uns ermöglichen, unsere Verteidigung entsprechend zu stärken, ohne daß das Land die zusätzliche schwere wirtschaftliche Last tragen muß.

Wir werden daher in der Lage sein, unsere Hilfsquellen in wachsendem Maße in den Dienst eures sozialen Wohls und der Wohlfahrt und der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu stellen.

Dies bedeutet eine Wandlung in der Situation und im Schicksal Pakistans, worüber wir mit Recht froh sein dürfen. Wir dürfen sogar einen gewissen Stolz auf die Festigkeit und Stärke unseres Landes und auf das schnelle Ansteigen unseres internationalen Prestiges zeigen. Aber während mein Herz erfüllt ist mit Freude über die glückliche Wendung der Ereignisse, erfüllt mich zugleich größte Bescheidenheit und tiefste Dankbarkeit Gott gegenüber, der unserem Lande half, aus der Dunkelheit der jüngsten Vergangenheit aufzutauchen in das strahlende Licht und in den Ruhm der Zukunft.

*Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ liegt ausschließlich bei dem jeweiligen Verlasser. Nachforderungen an die Bundeszentrale für Heimatdienst. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung (einschl. Beilage) an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23.*